

H. W. L.
APr 26 1934

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 7 * 15. Jahrgang



Berlin, den 1. April 1934

Gewalt oder Recht?

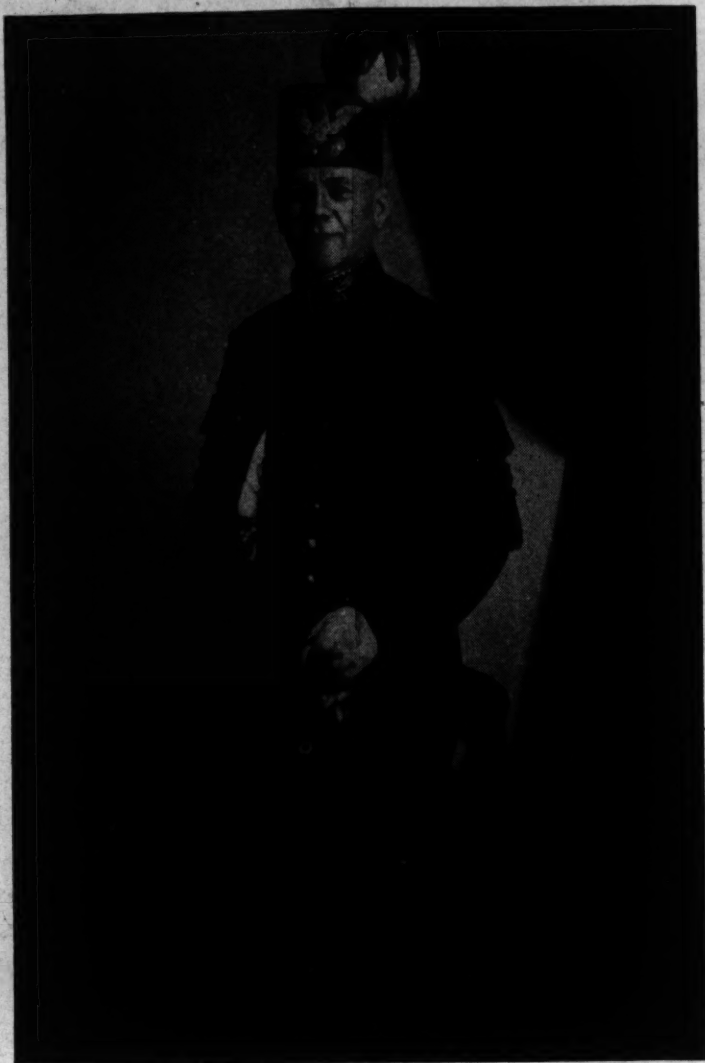


Gräfenthal im Blütenschmuck

„Wir wissen, daß der neuerstandene Geist deutschen Volkstums, der Geist gemeinsamen nationalen Erlebens an der Saar, wenn es möglich wäre, noch stärker empfunden wird als bei uns. Man hat an der Saar alle Fesseln der Partei, der Konfessionen und der Klassenunterschiede abgestreift, um sich zur gemeinsamen „Deutschen Front“ zusammenzuschließen.“

Vizekanzler v. Papen
in der Berliner Lessing-Hochschule

50 jähriges
Bergmanns-
Jubiläum



des
Obersteigers
Conrad Schmidt-
Reden



Saar und Saale
auf dem Trachtenfest in Halle am 10. März 1934 (Saarbergleute und Halloren)

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 7 * 15. Jahrgang

Berlin, den 1. April 1934

Gewalt oder Recht?

Von Richard Posselt

Der Genfer Juristenausschuß für die Saarabstimmung versammelte sich vom 21. März ab in Genf, um gewisse, mit der Saarabstimmung zusammenhängende Vorfragen zu klären. Die Arbeiten gingen nur langsam vorwärts, da eine Reihe von Punkten aufgeworfen wurden, die im Saarstatut, wenigstens nach Auffassung der französischen Vertreter, nicht klar genug gestaltet worden sind. Es galt darum, zu klären, welche Absichten die Verfasser dieser Bestimmungen mit ihnen verfolgten. Solche „Klar“stellungen erweisen sich allerdings erst notwendig, seitdem Frankreich seine schwache Stellung in der Abstimmungsfrage festgestellt sieht und es keinen Ausweg erblickt, um über diese Abstimmung hinwegzukommen. Während noch vor wenigen Monaten französische Staatsmänner bombastisch erklärten, daß Frankreich sich berufen fühle, die Rechte der Saarbevölkerung zu gewährleisten, ist in jüngster Zeit nicht nur das Verlangen nach Verschiebung der Abstimmung, sondern nach Einbehaltung des Saargebiets als Pfand erhoben worden.

Da dieser Juristenausschuß seine Verhandlungen geheimnisvoll hinter verschlossenen Türen führte, ist bisher nicht bekannt geworden, auf welchen Gebieten die Hauptschwierigkeiten liegen. Aus Bemerkungen in der französischen Presse aber kann man entnehmen, daß man sowohl über den Begriff der gemeinde- oder bezirksweisen Abstimmung wie über den Wohnsitzbegriff sich nicht verständigen konnte. Das Bestreben Frankreichs ist offensichtlich, aus diesen Begriffen Vorteile für seine saarannexionistischen Ziele zu ziehen.

Wenn man in Genf sich wirklich über die damaligen Absichten der Verfasser des Saarstatuts nicht einig werden sollte, dann ließe man vielleicht einmal die französische Note vom 29. März 1919 an die Versailler Friedenskonferenz nach. Dort heißt es nämlich über die Erwerbung der französischen Staatsangehörigkeit durch Bewohner des Saargebiets und über die Auswirkung solcher Vorgänge u. a.:

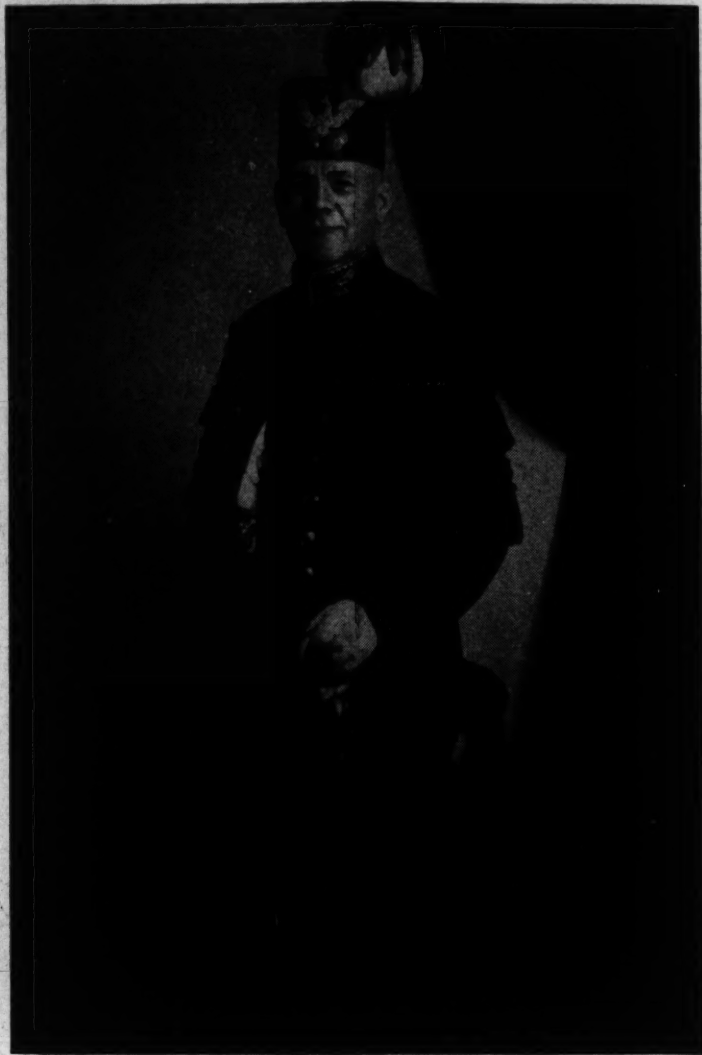
„An dem Tage, an dem in jedem der hauptsächlichsten Verwaltungsbezirke die Mehrzahl der Wähler die französische Staatsangehörigkeit erworben haben wird, oder einfach an dem Tage, an dem der Kreistag die Annexion an Frankreich verlangen wird, soll diese Annexion rechtsgültig werden nach Bewilligung durch den Völkerbund.“

Clémenceau nahm also in Versailles die Möglichkeit an, daß die Mehrzahl der Saargebietsbevölkerung die französische Staatsangehörigkeit erwerben würde. Eine solche Willensmeinung sollte dann den Vorrang vor einer Volksabstimmung haben, weil Clémenceau nicht mit Unrecht annehmen durfte, daß diejenigen Personen, die an der Saar Franzosen werden wollten, auch die Angliederung des Gebietes an Frankreich wünschten. Also die Mehrzahl, d. h. die einfache Mehrheit einer Abstimmungsgruppe (Clémenceau nannte die Kreiseinheit) sollte entscheidend für die Auswertung einer Willensmeinung sein!

Wenn das der Sinn dieser Erklärung in der französischen Note sein soll — ein anderer kommt dafür nicht in Frage — dann ergibt sich eigentlich bei der umgekehrten Tatsachensfeststellung von selbst die entsprechende Auswertung eines feststehenden Bevölkerungswillens. Die Erwerbung der französischen Staatsangehörigkeit sollte zwingend die Angliederung des betreffenden Bezirks an Frankreich zur Folge haben. Sinngemäß muß also bei Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit auch die Beibehaltung des ursprünglichen staatspolitischen Zustandes in dem betreffenden Bezirk — also die Verbundenheit mit dem Deutschen Reich — die Folge sein. Da sich von den rund 800 000 Bewohnern des Saargebiets nicht ein Prozent um die französische Staatsangehörigkeit beworben hat, steht die aus dieser Tatsache zu ziehende Folgerung, nämlich die Rückgliederung des Saargebiets zum deutschen Vaterland nach dem Willen des Gesetzgebers zweifelsfrei fest.

Die Bevölkerung an der Saar hat sich zudem in der Frage ihres politischen Willens nicht etwa passiv verhalten, sondern hat sich in Tausenden von Rundgebungen in Wort und Schrift und in ihrer ganzen nationalen Haltung so einwandfrei als deutschgesinnt gezeigt, daß kein Juristenkomitee an dieser Tatsache bei noch so spitzfindiger Ausklügelung des Sinnes der Abstimmungsbestimmungen im Saarstatut etwas ändern kann. Wenn man trotzdem in Genf und in Paris nach „Auslegungen“ sucht, dann ist das nur der längst bekannte und feststehende Beweis, daß Frankreich keine Rechtsregelung für die Saarfrage erstrebt, sondern eine Lösung der Gewalt und des Unrechts. Es ist wahrlich kein Beweis starken Rechtsbewußtseins, wenn nicht nur französische

50 jähriges
Bergmanns-
Jubiläum



des
Obersteigers
Conrad Schmidt-
Reden



Saar und Saale
auf dem Trachtenfest in Halle am 10. März 1934 (Saarbergleute und Halloren)

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Nummer 7 * 15. Jahrgang

Berlin, den 1. April 1934

Gewalt oder Recht?

Von Richard Posselt

Der Genfer Juristenausschuß für die Saarabstimmung versammelte sich vom 21. März ab in Genf, um gewisse, mit der Saarabstimmung zusammenhängende Vorfragen zu klären. Die Arbeiten gingen nur langsam vorwärts, da eine Reihe von Punkten aufgeworfen wurden, die im Saarstatut, wenigstens nach Auffassung der französischen Vertreter, nicht klar genug gestaltet worden sind. Es galt darum, zu klären, welche Absichten die Verfasser dieser Bestimmungen mit ihnen verfolgten. Solche „Klar“-stellungen erweisen sich allerdings erst notwendig, seitdem Frankreich seine schwache Stellung in der Abstimmungsfrage festgestellt sieht und es keinen Ausweg erblickt, um über diese Abstimmung hinwegzukommen. Während noch vor wenigen Monaten französische Staatsmänner bombastisch erklärten, daß Frankreich sich berufen fühle, die Rechte der Saarbevölkerung zu gewährleisten, ist in jüngster Zeit nicht nur das Verlangen nach Verschiebung der Abstimmung, sondern nach Einbehaltung des Saargebiets als Pfand erhoben worden.

Da dieser Juristenausschuß seine Verhandlungen geheimnisvoll hinter verschlossenen Türen führte, ist bisher nicht bekannt geworden, auf welchen Gebieten die Hauptschwierigkeiten liegen. Aus Bemerkungen in der französischen Presse aber kann man entnehmen, daß man sowohl über den Begriff der gemeinde- oder bezirkswise Abstimmung wie über den Wohnsitzbegriff sich nicht verständigen konnte. Das Bestreben Frankreichs ist offensichtlich, aus diesen Begriffen Vorteile für seine saarannektionistischen Ziele zu ziehen.

Wenn man in Genf sich wirklich über die damaligen Absichten der Verfasser des Saarstatuts nicht einig werden sollte, dann liest man vielleicht einmal die französische Note vom 29. März 1919 an die Versailler Friedenskonferenz nach. Dort heißt es nämlich über die Erwerbung der französischen Staatsangehörigkeit durch Bewohner des Saargebiets und über die Auswirkung solcher Vorgänge u. a.:

„An dem Tage, an dem in jedem der hauptsächlichsten Verwaltungsbezirke die Mehrzahl der Wähler die französische Staatsangehörigkeit erworben haben wird, oder einfach an dem Tage, an dem der Kreistag die Annexion an Frankreich verlangen wird, soll diese Annexion rechtsgültig werden nach Bewilligung durch den Völkerbund.“

Clémenceau nahm also in Versailles die Möglichkeit an, daß die Mehrzahl der Saargebietsbevölkerung die französische Staatsangehörigkeit erwerben würde. Eine solche Willensmeinung sollte dann den Vorrang vor einer Volksabstimmung haben, weil Clémenceau nicht mit Unrecht annehmen durfte, daß diejenigen Personen, die an der Saar Franzosen werden wollten, auch die Angliederung des Gebietes an Frankreich wünschten. Also die Mehrzahl, d. h. die einfache Mehrheit einer Abstimmungsgruppe (Clémenceau nannte die Kreiseinheit) sollte entscheidend für die Auswertung einer Willensmeinung sein!

Wenn das der Sinn dieser Erklärung in der französischen Note sein soll — ein anderer kommt dafür nicht in Frage — dann ergibt sich eigentlich bei der umgekehrten Tatsachensfeststellung von selbst die entsprechende Auswertung eines feststehenden Bevölkerungswillens. Die Erwerbung der französischen Staatsangehörigkeit sollte zwingend die Angliederung des betreffenden Bezirks an Frankreich zur Folge haben. Sinngemäß muß also bei Beibehaltung der deutschen Staatsangehörigkeit auch die Beibehaltung des ursprünglichen staatspolitischen Zustandes in dem betreffenden Bezirk — also die Verbundenheit mit dem Deutschen Reich — die Folge sein. Da sich von den rund 800 000 Bewohnern des Saargebiets nicht ein Prozent um die französische Staatsangehörigkeit beworben hat, steht die aus dieser Tatsache zu ziehende Folgerung, nämlich die Rückgliederung des Saargebiets zum deutschen Vaterland nach dem Willen des Gesetzgebers zweifelsfrei fest.

Die Bevölkerung an der Saar hat sich zudem in der Frage ihres politischen Willens nicht etwa passiv verhalten, sondern hat sich in Tausenden von Kundgebungen in Wort und Schrift und in ihrer ganzen nationalen Haltung so einwandfrei als deutschgesinnt gezeigt, daß kein Juristenkomitee an dieser Tatsache bei noch so spitzfindiger Ausklügelung des Sinnes der Abstimmungsbestimmungen im Saarstatut etwas ändern kann. Wenn man trotzdem in Genf und in Paris nach „Auslegungen“ sucht, dann ist das nur der längst bekannte und feststehende Beweis, daß Frankreich keine Rechtsregelung für die Saarfrage erstrebt, sondern eine Lösung der Gewalt und des Unrechts. Es ist wahrlich kein Beweis starken Rechtsbewußtseins, wenn nicht nur französische

Interessanten der Wirtschaft und Politik sich Helfershelfer aus den Kreisen deutscher Verräter, Ueberläufer, Emigranten usw. kaufen, sondern auch französische amtliche Stellen und selbst die vom Völkerbund eingesetzte Regierungskommission mit solchen zum Teil verbrecherischen Elementen politischen Verkehr pflegen.

In Genf hat man sich auch mit der Frage beschäftigt, was unter dem Saarstatutsbegriff „gemeinde- oder bezirksweise Abstimmung“ zu verstehen sei. Auch hierfür gibt eigentlich die eingangs erwähnte französische Note einen klaren Anhaltspunkt, was sich Clémenceau, der Vertreter der Saarabstimmungstheorie in Versailles, darunter vorgestellt hat. Er spricht in dem angezogenen Absatz von den „hauptsächlichsten Verwaltungsbezirken“ und stellt diese gleich den bestehenden Kreisen. Danach wäre bei der Abstimmung auf die bestehende Kreiseinteilung zurückzugreifen. Wie es heißt, hat auch der Älteste des Juristenausschusses, der Genfer Richter Borel, der mit dem Entwurf eines ersten Berichts über diese Frage beauftragt war, sich diese Ueberlegung zu eigen gemacht. Einig konnte man sich aber offenbar trotzdem nicht werden, weil eben die Franzosen eine Abstimmungsgliederung erstreben, aus welcher sich eventuell ein günstigeres Ergebnis für sie herausrechnen ließe.

Aus allen diesen Vorgängen gewinnt man aber erneut den Eindruck, daß die Genfer Atmosphäre nicht geeignet ist, ein unparteiisches Urteil über internationale Streitfragen abzugeben. Diese Feststellung ist wichtig angesichts des Versuchs der französischen Regierung in ihrer jüngsten Note an England in der Abrüstungsfrage, Deutschland wieder an den Völkerbund zu ketten. Wie kann aber Deutschland einem Gremium angehören, das in allen Deutschland berührenden Fragen den Beweis erbringt, daß es nicht nach rechtlichen, sondern nach machtpolitischen Gesichtspunkten seines französischen Auftraggebers seine Entscheidung trifft?

Als von Italien vor einigen Monaten der Antrag auf eine völlige Umgestaltung des Völkerbundes gestellt wurde, erhob sich in Frankreich ein Schrei der Entrüstung. Dem französischen Einfluß ist es wohl auch in erster Linie zuzuschreiben, daß die italienischen Forderungen, die von den verschiedensten Seiten unterstützt worden sind, bisher nicht weiterverfolgt wurden. Frankreich hat also ein Interesse daran, daß der Völkerbund das bleibt, was er von Anfang an gewesen ist, nämlich der gefügige Sachwalter der französischen machtpolitischen Interessen, der Vollstrecker des französischen Machtwillens. Vielleicht war für die französische Haltung mit ausschlaggebend die Erkenntnis, daß nur der alte, unter französischem Einfluß stehende Völkerbund in der Saarentscheidung Experimenten zugänglich ist, die machtpolitische Interessen den Rechtsforderungen und der Wahrheit überzuordnen.

Was ergibt sich aus dieser Sachlage für Deutschland als Aufgabe und Pflicht? Zunächst hat Deutschland als Staat

und als Volk aufmerksam die Dinge zu verfolgen, die an der Saar sich vollziehen, hat seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um zu verhüten, daß von saardeutscher Seite irgend etwas geschieht, was von der Saarregierung als Verstoß gegen bestehende Gesetze, gegen Ruhe und Ordnung ausgelegt werden könnten. Mit Genugtuung darf festgestellt werden, daß die Deutsche Front an der Saar mit allen Mitteln daran arbeitet, die deutsche Bevölkerung an der Saar zur Disziplin, Selbstzucht und Abwehr aller provokatorischen Elemente zu erziehen. Es gibt kaum in der Welt eine Bevölkerung, die angesichts unerhörter Schikanen und brutalsten Terrors der verschiedensten Elemente eine solche Ruhe und Ordnung bewahrt, wie es an der Saar geschieht. Die Gegner eines deutschen Saargebiets wissen sehr wohl, daß darin die größte Stärke der deutschen Stellung liegt. Um so verabscheuungswürdiger sind die Methoden, die Ruhe und Ordnung an der Saar zu stören und damit der Saarregierung einen Vorwand zu verschaffen, ihre Abstimmungstruppenforderung zu wiederholen.

Und daraus ergibt sich die zweite Aufgabe Deutschlands dem Saargebiet gegenüber, bei einwandfreier Klarstellung provokatorischen und terroristischen Vorgehens der Gegner des deutschen Saargebiets diese Fälle zur Kenntnis der Weltöffentlichkeit zu bringen. Dabei muß von der Grundlage der Saarstatutbestimmungen ausgegangen werden, daß die alliierten und assoziierten Mächte in ihrer Note vom 24. Mai 1919 feierlich erklärt haben, daß die „Regierungsform sorgfältig ausgearbeitet worden ist, um die Rechte und das Wohlergehen der Bevölkerung sicherzustellen“, ferner um „den Einwohnern die Aufrechterhaltung aller ihrer gegenwärtigen Freiheiten zu sichern“ und daß nach einer 15jährigen Frist eine Volksabstimmung stattfinden soll, „die dieser Bevölkerung Gelegenheit gibt, in voller Freiheit die endgültige Rechtsordnung für das Gebiet, in dem sie lebt, zu bestimmen“. Der Völkerbundsrat hat ferner in seiner Instruktion an die Regierungskommission vom 13. Februar 1920 festgesetzt, daß „die Regierungskommission keine anderen Aufgaben und Interessen als das Wohlergehen der Bevölkerung des Saargebiets hat“.

Deutschland hat also ein Recht und die Pflicht, für das der Saarbevölkerung zugestandene Recht auf freie Äußerung ihres politischen Willens einzutreten. Je stärker und einheitlicher der Wille des deutschen Volkes zur Verteidigung dieses Rechts der Saarbevölkerung zum Ausdruck kommt, um so nachhaltiger wird die Wirkung auch auf die letzte politische Entscheidung sein. Die Welt muß wissen, daß die Saarbevölkerung nicht schutzlos und verlassen der Willkür annexionistischer und terroristischer Gewaltmethoden ausgeliefert ist.

Deutschland hat ein Recht zu verteidigen, ein Recht auf deutsche Menschen, auf deutsches Land, auf deutschen Geist, auf deutsche Freiheit

Die Saarjuristen in Genf

Von Dr. C. H. Hillekamps

Es entspricht einem in Genf durch lange Tradition gebildeten Brauch, daß jedesmal, wenn ein Organ des Völkerbundes mit der Lösung einer Aufgabe betraut ist, Ausschüsse und Unterausschüsse eingesetzt werden. Nach dem Saarstatut hat der Völkerbundsrat die Aufgabe, die Modalitäten der Volksabstimmung an der Saar, die im Jahre 1935 stattfinden soll, festzulegen. Der Rat übertrug im Januar dieses Jahres die Prüfung dieser Frage einem dreigliedrigen Ausschuß, der für die Maitagung des Völkerbundsrates einen Bericht mit Vorschlägen für die Abstimmungsvorbereitung und alle Einzelheiten der Volksbefragung entwerfen wird. Dieser Ausschuß, den der italienische Saarberichterstatter des Rates, Baron Aloisi, leitet, stellte seinerseits bei seiner ersten Arbeitstagung im Februar fest, daß für die Klärung einer Reihe von Rechtsfragen die Mitwirkung von Juristen erforderlich sei; und wer die für ein völkerrechtliches Dokument geradezu erstaunlichen Unklarheiten juristischer Art, welche das Saarstatut (Teil 3 Abschnitt 4 des Versailler

Vertrages) enthält, kennt, wird ohne weiteres begreifen, daß in diesem Falle die Einsetzung des Juristenkomitees wirklich einer Notwendigkeit entsprach.

Die gefährlichste Unklarheit in den Bestimmungen des Saarstatutes dürfte nunmehr jedoch durch das Gutachten, welches das Saarjuristenkomitee — dessen Mitglieder M. v. Württemberg (Schweden), Kisters (Holland) und Borel (Schweiz) vom 19. bis zum 24. März in Genf ihre Tagung abhielten — einstimmig angenommen hat, beseitigt worden sein: es handelt sich darum, daß im Kapitel des Saarstatutes, das sich mit der Volksabstimmung beschäftigt, lediglich die Festlegung der Abstimmungsmodalitäten eindeutig dem Völkerbundsrat zugewiesen wird, während das Statut sonst überall nur vom „Völkerbund“ spricht. Mit dieser letzteren Form wird absichtlich im unklaren gelassen, ob der Völkerbundsrat oder die Völkerbundsversammlung gemeint ist. Die Saarjuristen haben in ihrem Gutachten an den Saarausschuß in dieser

Frage entschieden, daß der Völkerbundsrat für alle mit der Volksabstimmung zusammenhängenden Beschlüsse zuständig sei, wobei sie offenbar auf den Rechtsgrundsatz zurückgegangen sind, daß, falls die Zuständigkeit von gleichberechtigten Organen strittig ist, allein das Organ, das sich mit dieser Angelegenheit befaßt hat — hier also der Völkerbundsrat —, auch weiterhin kompetent sein soll.

Die Saarjuristen hatten im übrigen ein Gutachten zu entwerfen, das auf drei ihnen vom Saarausschuß vorgelegte Fragenkomplexe Auskunft erteilen sollte. Diese Fragenkreise lauteten sinngemäß: Was ist unter „Gemeinden“ und „Distrikten“ zu verstehen? Wer ist abstimmungsberechtigt im Sinne der Bestimmung des Saarstatutes, daß an der Abstimmung teilnehmen kann, wer am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt hat? Welche Befugnisse hat der Völkerbundsrat für die Vorbereitung der Abstimmung, und welche Befugnisse sollen evtl. zu schaffende andere Organe im Saargebiet haben?

Die Entscheidung darüber, ob nach Bezirken (Distrikten) oder Gemeinden abgestimmt werden soll, trifft erst der Völkerbundsrat selber, dem der Saarausschuß darüber bestimmte Vorschläge unterbreiten wird. Die Juristen hatten lediglich die entsprechenden Begriffe zu definieren, was sich beim Begriff „Gemeinde“ als nicht sehr schwierig erwies, während die Definition des Vertragsausdrucks „Distrikt“ nicht ganz einfach war. Hier haben nun die Saarjuristen vorgeschlagen, sich bei der Abstimmung 1935 an die bestehende Verwaltungsgliederung und die Grundlagen früherer Wahlakte zu halten, d. h. einmal an die Landkreise, sowie andererseits an die Wahlbezirke für die Wahlen zum Landesrat.

Wer aber ist abstimmungsberechtigt? Das Saarstatut macht die Teilnahme an der Volksabstimmung von der Erfüllung von zwei Voraussetzungen abhängig: Jeder Mann und jede Frau, die 1. bei Unterzeichnung des Versailler Dictates, also am 28. Juni 1919, im Saargebiet gewohnt haben, und 2. am Tage der Abstimmung über 20 Jahre zählen, sind abstimmungsberechtigt. Die zweite Bedingung dürfte auch im Saarjuristenausschuß kaum Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten gegeben haben. Hinsichtlich der ersten war jedoch eine Festlegung des Wohnsitzbegriffes erforderlich. Wie man hört, sind die Saarjuristen in diesem Zusammenhang auf den internationalen Wohnsitzbegriff zurückgegangen, wie er durch Entscheidungen des Haager Gerichtshofes in Minderheitenfragen, sowie früherer Genfer Juristenausschüsse festgelegt wurde. Danach ist ein Grundmerkmal des völkerrechtlichen Wohnsitzbegriffes, daß eine Person sich mit dem Willen zur ständigen Niederlassung an einem Orte aufhält. Vorübergehender Aufenthalt, selbst verbunden mit polizeilicher Anmeldung, genügt nicht, um einen völkerrechtlichen Wohnsitz zu begründen.

Aber andererseits hebt auch eine vorübergehende Abwesenheit, zu Studien- oder Besuchszwecken (selbst unter gewissen Voraussetzungen) infolge einer Ausweisung durch die Besatzungsbehörden, den völkerrechtlichen Wohnsitz nicht auf. Um die Entscheidung in einer Reihe von Zweifelsfällen, wie namentlich bei den Ausgewiesenen, sowie bei den „Saargängern“ und ähnlich gelagerten Situationen aufzuklären, haben die Saarjuristen sodann eine förmliche Liste aufgestellt, in der aufgezählt wird, wer und unter welchen Voraussetzungen nach ihrer Meinung abstimmungsberechtigt ist.

Darum wird gleichwohl die Abstimmungskommission, deren Einrichtung in Saarbrücken nach den bisherigen Ergebnissen der Genfer Vorbereitungsarbeiten für die Volksabstimmung so gut wie sicher ist, noch genug zu tun haben, um Zweifels- und Grenzfälle zu entscheiden, — aber gewiß ist, daß die Vorarbeit der Juristen diese Tätigkeit beträchtlich erleichtern wird.

Neben der Abstimmungskommission, die aus drei Mitgliedern bestehen soll und deren Hauptarbeit vor der Volksabstimmung liegen wird, dürfte übrigens im Saargebiet noch ein Abstimmungsgericht zur Nachprüfung der Abstimmungsergebnisse und zur Entscheidung über die Frage der Gültigkeit der Stimmen usw. gebildet werden. Diese Frage führt uns bereits zum dritten Fragenkreis, welcher die Abgrenzung der Kompetenzen

Meine Heimat!

S. Breider, Feldw.

Meine Heimat liegt in Ketten,
ringt um Freiheit Jahr für Jahr.

„Selbst mir meine Heimat retten,
deutsche Brüder von der Saar!“

Machtlos werden Sabgier-Krallen,
wenn wir alle, alle treu.
Und die Ketten werden fallen —
und die Heimat — sie ist frei!

Jubel bricht aus allen Herzen,
Heimatland — du bist befreit!
Und im Glanz der Freiheitskerzen
steht ein Volk nach langem Leid.

Darum helfst mir, Heimatbrüder,
fremder Willkür halter stand.
„Frei muß unser Saarland wieder,
und zurück zum Vaterland!“

des Völkerbundsrates umfaßt. Wie wir bereits sagten, vertritt das Gutachten der Saarjuristen die Auffassung, daß allein der Völkerbundsrat für die mit der Saarabstimmung zusammenhängenden Fragen zuständig ist. Es ist jedoch interessant, daß die Juristen auf die für uns in diesem Zusammenhang wichtigste Frage, ob der Völkerbundsrat das Recht habe, die Entsendung von internationalen Polizeitruppen-Kontingenten während der Abstimmungszeit zu beschließen, keine Antwort gegeben hat. Bekanntlich spielt diese Frage eine große Rolle im Bericht des — immer noch hauptsächlich von emigrierten deutschen Beamten und Franzosen beratenen — Herrn Knog an den Saarausschuß, dem er im Februar d. J. als wichtigste Maßnahme zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Abstimmungsgebiet“ einen derartigen Schritt vorschlägt. Der Saarausschuß hat damals beschlossen, zunächst von Knog eine Darstellung der Meinung der gesamten Regierungskommission über diese Frage zu verlangen, und zudem die Juristen um ein Gutachten über die rechtliche Seite der Frage zu bitten. Aber bisher ist der Bericht über die Auffassung der übrigen Mitglieder der Saarregierung noch nicht in Genf eingetroffen (wahrscheinlich sind sie nicht alle gleicher Meinung mit Herrn Knog), und die Saarjuristen haben die Frage als politisch an den Saarausschuß zurückverwiesen. Woraus deutlich hervorgehen dürfte, daß man sich in Genf scheut, für einen derartigen Beschluß die Verantwortung zu übernehmen. Mit Recht! Denn Knog kann für seine Forderung nur Scheingründe anführen, und zudem geht der Beschluß des Völkerbundsrates, auf den Knog sich in dieser Frage stützt (Ratsentscheidung über die Zurückziehung des Saarbahnzuges, vom 12. September 1930) ausschließlich von der Garantierung der Sicherheit des Transitverkehrs auf den Saarbahnen und von der Voraussetzung aus, daß „Unruhen“ im Saargebiet bestehen. Da aber weder der Transitverkehr gefährdet ist, noch Unruhen ausgebrochen sind, besteht überhaupt kein Anlaß, die Ratsentscheidung vom September 1930 anzuwenden. . . . Und für alle übrigen Fälle hat das Saarstatut zu gelten, das ausdrücklich bestimmt, daß eine „lokale Gendarmerie“ den Ordnungsdienst zu versehen hat.

Mit der Genfer Tagung der Saarjuristen sind, wenn man vorläufig auch noch nicht den ganzen Text ihres Gutachtens kennt, offensichtlich zahlreiche juristische Unklarheiten, welche eine positive Fortführung der Vorbereitungsarbeiten für die Saarabstimmung erschwerten, beseitigt worden, so daß man nunmehr eine rasche Beendigung der Abstimmungsvorbereitung erhoffen darf. . . .

Die politischen Unruhestifter an der Saar

Die Emigranten und ihre Hintermänner

Als im vergangenen Jahre das Großflüchten ängstlicher Gemüter, politisch mehr oder weniger Belasteter und krimineller Elemente aus dem Reich einsetzte, da suchten sehr viele das Saargebiet auf. Der Zustrom dorthin ging in die Tausende. (Nach einem Bericht der Saarländischen Friedensgesellschaft und Liga für Menschenrechte beträgt die Zahl der durch das Saargebiet gekommenen Flüchtlinge rund 37 000. 5000 bis 6000 davon sind nach diesem Bericht zunächst im Saargebiet geblieben. Die Schriftleitung.) Das Saarland, das vorher bei den allermeisten dieser Emigranten kaum Beachtung gefunden hatte, war auf einmal die rettende Insel für sie geworden. Hier konnte man ohne die Beherrschung einer fremden Sprache leicht auskommen, hier durfte man auf eine wohlwollende Haltung der landesfremden und durchweg gegen Deutschland eingestellte Saarregierung rechnen, und von hier aus glaubte man den Lauf der Dinge im Reich am besten beobachten und auch beeinflussen zu können, wenn es hierzu überhaupt eine Möglichkeit gab. Vielleicht hat der eine oder der andere das Saargebiet auch deswegen aufgesucht, weil es am leichtesten erreichbar war. Jedenfalls war der Flüchtlingsandrang so stark, daß besondere Maßnahmen für die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge getroffen werden mußten. Eine ganze Anzahl Flüchtlingslager wurde eingerichtet, die Einmietung bei Inhabern von Werkwohnungen der französischen Grubenverwalter organisiert und Wohnungen für Flüchtlinge freigemacht. Die Einquartierung bei Familien, die Werkwohnungen innehatten, war, namentlich in der ersten Zeit, teilweise so stark, daß sie aus sanitären und sittlichen Gründen als gesetzwidrig bezeichnet werden mußte. Es ist daher erklärlich, daß der weitaus größte Teil der Saardeutschen schon aus diesem Grunde diesen Zuwachs nicht gern gesehen hat und ihn lieber heute als morgen wieder los sein möchte. Hinzu kam noch, daß es sich in größerem Umfange um wenig verträgliche Menschen handelte, und sich allerlei Verbrecher darunter befanden. Die Regierungskommission aber nahm sie alle unter ihren besonderen Schutz. Sie stellte sich auf die Seite der „Saarländischen Friedensgesellschaft“ und der sogenannten „Liga für Menschenrechte“, die es so darstellen, als handele es sich bei den Flüchtlingen so gut wie ausnahmslos um persönlich absolut ehrenhafte Personen, denen man lediglich eine andere politische Anschauung, als die derzeit in Deutschland herrschende, vorwerfen könne.

Daß diese Auffassung mit den Tatsachen im schärfsten Widerspruch steht, ist allgemein bekannt. Es steht fest, daß es sich bei den nach dem Saargebiet Geflüchteten um einen ungewöhnlich hohen Prozentsatz von Leuten handelt, die wegen Begehung krimineller Taten verfolgt werden. Mehrere davon gehören unmittelbar zur Gruppe der Gewohnheitsverbrecher mit einem sehr großen Strafregister. Ein großer Teil der Emigranten benutzte seinen Aufenthalt im deutschen Saargebiet auch dazu, um in der unverantwortlichsten Weise gegen das neue Reich und seine Führer zu hetzen. Ohne Rücksicht darauf, daß sie es an der Saar durchweg mit einer Bevölkerung zu tun haben, die von jeher entschieden national eingestellt war und die sich mit allen Fasern ihres Herzens danach sehnt, mit dem neuen, geeinten Deutschland vereinigt zu werden, hetzen gerade politische Flüchtlinge in der unverantwortlichsten Weise gegen alles, was den Saardeutschen politisch heilig ist. Anstatt daß die Saarregierung dafür sorgt, daß die Gefühle der Saarbevölkerung geachtet werden und unverletzt bleiben, läßt sie nicht nur die schlimmsten Verdrehungen und Verzerrungen sowie offensichtliche Beleidigungen und Verleumdungen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Führer des neuen Deutschland zu, sondern sie geht so weit, daß sie politischen Flüchtlingen einflußreiche Stellen, insbesondere im Polizeiwesen, zukommen läßt. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß die Polizei des Saargebietes dienstlich fast ganz von Emigranten beherrscht wird. Als es der Saarregierung nicht gelungen war, luxemburgische Polizei einzustellen, weil die luxemburgische Regierung dies ablehnte, da spielte sie nach und nach den saarländischen Polizeiapparat deutschen Emigranten in die Hände. Der frühere hessische Oberregierungsrat, vormaliger Bürgermeister von Michelsstadt im Odenwald — das er verlassen mußte, weil er die Stadt in eine Schuldenwirtschaft hineingetrieben hat, die so groß war und noch heute sein wird, daß selbst seine eigenen Genossen ihn größtenteils fallen ließen —, und sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter Rinkel, der wegen verschiedener strafbarer unpolitischer Vergehen von der deutschen Polizei steckbrieflich gesucht wird, ist der Vertraute des allgewaltigen Ministerialdirektors Heimbürger in der Abteilung des Innern geworden. Diesem Emigranten hat man den Fahndungsdienst und die Presseabteilung übertragen. Man wußte warum. Er sucht auch die auf ihn gesetzten Hoffnungen in jeder Beziehung restlos zu erfüllen.

Die klääre Leit ihr Fröhling

Zwei Fraae kumme die Stroß entlang,
Ich heere, wie se schweke
Dobriwmer, wie die arme Leit
Sich am Fröhling dun ergehe.
„Mir mache te Ausflug wie anner Leit,
Dafür is die Bahn ze deier“,
Saar die ään zu dr anner, „ich hann awwer noch
For mich mei Frühlingsfeier:
Wann morjens um vier ich uffstehn dun,
Unn wann ich fertig sinn,
Do mach ich's Finschter uff, do kummt
Dr schennschde Frühlingsduft erinn
Bun unserm Bäämche. Mr hann nur ääns
In unserm Gäärtche drauße,
Awwer's bliht so scheen! Ich heere aa schunn
Wie die Biene dun drum sause
Bun unserm Stod!“ „Ach jo, du hascht Rech!
Mit viel dun mr jo besitze,
Doch dut for uns jo dr Sunneschein
Na freindlich vum Himmel bliht!“ —

Friedrich Schön.

Vom Saarbergmannsstand*

Schluß

Der Saarbergmannsstand ist immer rein deutsch gewesen. Sein Nachwuchs rekrutierte sich aus dem Stande selbst und aus der bäuerlichen Bevölkerung der das Grubengebiet umlagernden deutschen Gebietsteile. In anderen deutschen Bergbaugebieten wurden in der Vorkriegszeit viele Ausländer beschäftigt, wobei wir nur an die im Ruhrbergbau beschäftigt gewesenen Polen zu erinnern brauchen. Im Saarbergbau wurden bis zum Besitzübergang der Gruben an Frankreich nie Ausländer beschäftigt. Als Frankreich die Saargruben übernahm, übernahm es auch eine rein deutsche Belegschaft. Erst nach dem Besitzübergang der Saargruben an Frankreich wurde ein geringer Prozentsatz ausländischer Arbeiter eingestellt. Gemäß der Belegschaftszählung, die die Generaldirektion der Saargruben am 1. Dezember 1925 durchführte, waren von der damals vorhandenen Belegschaft 83,41 im Saargebiet, 15,67 Prozent im übrigen Reichsgebiet, 0,71 Prozent in Frankreich und 0,21 Prozent in sonstigen Ländern geboren. Ende 1925 war der Saarbergmannsstand der Geburt nach zu 99,08 Prozent deutsch. Nur 0,92 Prozent Ausländer, die, wie schon hervorgehoben, erst nach dem Besitzübergang der Saargruben an Frankreich eingestellt wurden, befanden sich in der damaligen Belegschaft

* Aus „Der Saar-Bergknappe“.

Er war es z. B., der die berüchtigte Terrordenschrift für die Saarregierung zum Zwecke der Ueberreichung an den Völkerbund bzw. seiner Abstimmungskommission ausarbeitete, die voller Lügen ist und von Verleumdungen der deutschen Saarbevölkerung geradezu strotzt. Er ist ständiger Berater der Regierungskommission in politischen Dingen geworden. Er arbeitet seit Monaten fast alle Entwürfe für die Verbotsverordnungen aus, wodurch der deutschen Bevölkerung des Saargebietes fast jede Versammlungs- und Kundgebungstätigkeit unmöglich gemacht wurde. Auch die Verordnung gegen das Tragen von Trachten und Abzeichen stammt von Rikel. Er war es auch, der das Verbot der Regierungskommission, das sich mit dem Tragen von Teilen von Uniformen befaßt, so auslegte, daß darunter auch Kofarden fallen, ja sogar Eichenlaubkränze und Edelweißabzeichen zu tragen verboten ist, wenn sie als Ersatz für Parteiabzeichen angesehen werden können. Er war es ferner, der mit Veranlassung hat, daß in Saarbrücken sämtliche Schilder, die eine Werbestelle für die „Deutsche Front“ kennzeichneten, eingezogen werden sollen. Diese Maßnahme, gegen die von deutscher Seite Widerspruch erhoben wurde, begründete man mit dem Hinweis auf die Bestimmungen des allgemeinen Landrechts über die Befugnisse der Polizei zur Abwendung drohender Gefahren für die Allgemeinheit. Auch der, der in einem Schaufenster ein Werbeschild für die „Deutsche Front“ aushängen ließ, mußte von der Polizei aufgeschrieben werden. Ob eine Strafverfügung kommen wird, erscheint trotzdem fraglich; denn die Regierungskommission wird sich scheuen, deswegen einen großen Prozeß führen zu lassen, weil sie nicht ohne Grund fürchten muß, daß darin die von ihr betriebene Nadelstichpolitik gegen deutsche Saarbewohner und ihre unverantwortliche Begünstigung von Emigranten aufgedeckt werden könnte.

Einem anderen Emigranten, dem ehemaligen Berliner Polizeikommissar Mahts, hat man die Leitung der uniformierten Polizei in Saarbrücken übertragen. Seine Berufung hat namentlich unter den Beamten der Polizei erhebliche Mißstimmung hervorgerufen. Er führt ein scharfes Regiment und geht besonders streng mit den Beamten um, die als gute deutsche Menschen bekannt sind, oder bei ihm in dem Verdacht stehen, dies zu sein. Eine von ihm besonders fein ausgeklügelte neue Dienstanzweisung für die Polizeiinspektion in Saarbrücken gibt ihm die Macht, jeden, der sich irgendwie mißliebig macht, kaltzustellen oder kaltstellen zu lassen. In seine Hände ist die gesamte Verwaltung der Saarbrücker uniformierten Polizei gelegt worden, und mit Heimbürger und Rikel steht er in so enger Verbindung, daß sie fast täglich Besprechungen haben.

Ferner ist bei der Regierungskommission seit Anfang

Januar dieses Jahres der aus dem Reich geflüchtete und früher in Mainz wohnende Regierungsrat Dr. Danzebrink als Sachbearbeiter für Emigrantenfragen tätig. Er versteht es ausgezeichnet, seine Schützlinge zu betreuen und den Kommunalbehörden an der Saar große Schwierigkeiten zu machen. Die Emigranten-Schutzverordnung der Regierungskommission ist hauptsächlich sein Werk. Er hat es auch erreicht, daß die örtlichen Behörden in bezug auf die Kontrolle von Flüchtlingen nicht das tun dürfen, was eigentlich ihre selbstverständliche Aufgabe ist. Mit der Feststellung der Personalien eines Emigranten wird es bei ihm nicht so genau genommen. Eine Quittungskarte oder ein Geburtschein, auf irgendeinen Namen lautend, genügt in der Regel schon, um sich im Saargebiet zu legitimieren und in den Besitz eines Emigranten-Ausweises zu kommen. Damit kann der Betreffende dann in den Genuß der Vergünstigungen für Emigranten gelangen und auch auf Grund der erwähnten Schutzverordnung den Kampf gegen Deutschland aufnehmen bzw. fortsetzen. Wiederholt ist es auch vorgekommen, daß Emigranten in den Besitz von falschen Aufenthaltswesen gekommen sind. Die örtliche Polizei kann dagegen nichts tun; denn die Schutzverordnung hat, wie bereits bemerkt, den Polizeiverwaltungen das Recht genommen, eine Kontrolle über die Anwesenheit und Tätigkeit der Emigranten auszuüben, und die Flüchtlinge von der vorher angeordneten örtlichen Meldepflicht entbunden. Die Polizeiverwaltungen in den Gemeinden sind also nicht mehr in der Lage, das Leben und Treiben ortsfremder Elemente zu überwachen, was im Gefolge hat, daß diese sich vielfach äußerst dreist und frech benehmen und in die Orte eine Unsicherheit und Spannung hineintragen, wie man sie bisher niemals kannte. Die Regierungskommission hat durch diese Verordnung, gewollt oder ungewollt, das Treiben von lichtscheuem Gesindel geradezu begünstigt.

Wie sehr sie darauf bedacht ist, für das Wohl der Emigranten zu sorgen, zeigt u. a. ihre Absicht, einen besonderen Fonds für die sich im Saargebiet aufhaltenden Flüchtlinge in Höhe von 2—3 Millionen Franken zu schaffen. Außer den regulären Etatmitteln, die zur Unterstützung der Emigranten der Abteilung Volkswohlfahrt und dem Landarmenverband zur Verfügung der Regierungskommission stehen, soll der neue Fonds der Verwaltung der Abteilung des Innern (Heimbürger-Rikel?) unterstehen. Wie hier die Verwendung der Mittel vor sich gehen wird, ist sehr leicht zu erraten. Die Steuerleistungen der deutschen Saarbevölkerung würden mit zur Unterstützung von Leuten verwendet, die das Deutschland, in das die Saardeutschen hineinwollen, mit den verwerflichsten

der Saargruben. Inzwischen dürfte durch den starken Abbau des deutschen Belegschaftsanteiles der Anteil der Ausländer an der heutigen aktiven Belegschaftszahl gewachsen sein, da diese von den Entlassungsmaßnahmen nicht betroffen wurden. An dem rein deutschen Charakter der Stammbegleichheit, also des eigentlichen Saarbergmannsstandes, hat sich dadurch aber gar nichts geändert. Es mag auch sein, daß inzwischen einige Duzend Arbeiter der Saargruben die französische Staatsbürgerschaft erworben haben. Wenn sie sich auch damit außerhalb der deutschen Nation begeben haben, so sind sie doch der Geburt und dem Herkommen nach Deutsche. Der rein deutsche Charakter des ältesten Arbeiterberufsstandes im Saargebiet widerlegt unzweideutig die von Frankreich 1919 in Versailles erhobene Behauptung, im Saargebiet lebten 150 000 „unerlöste Saarfranzosen“.

Der Saarbergmannsstand ist jeßhaft. Nie machten die Saarbergleute von der Freizügigkeit ins Gewicht fallenden Gebrauch. Sie verließen in früheren Zeiten die Heimat nur dann, wenn man sie ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Einstellung wegen von einer Saargrube weggedrückt hatte. In der Vorkriegszeit war es die Regel, daß der Saarbergmann auf der Grube verblieb, auf der er als junger Mensch angefahren war. Diese Haltung wurde in erster Linie durch seine ausgeprägte Bodenständigkeit und seine starke Heimatsliebe bestimmt. Aus dieser Grundeinstellung sproß der urgewaltige Trieb, in den Besitz eines Eigenheimes zu kommen, wodurch auch der Spartrieb genährt und ge-

fördert wurde. Der echte Saarbergmann wollte nie „besitzloser Prolet“, sondern ein Bürger mit Besitztum sein. Das „In-Miet-wohnen“ sagte dem Saarbergmann nicht zu, wenn auch mancher durch widrige Verhältnisse nicht dazu kam, sich ein Eigenheim zu schaffen. Mietkasernen waren für den Saarbergmann immer etwas Abscheuliches. Die Heimatsliebe bewog auch die meisten, in dem Orte wohnen zu bleiben, in dem ihre Wiege gestanden hatte. Möchten gar viele auch stundenweit von der Grube entfernt wohnen, so nahmen sie doch lieber das Wohnen die Woche über in Schlafhäusern oder Bürgerquartieren im eigentlichen Grubengebiet oder oft stundenlange Bahnfahrten zur und von der Grube in Kauf, als den Heimatort zu quittieren, wo die Ahnen gewohnt und gewirkt hatten. Wanderte ein Saarbergmann aus einem Außenbezirk in den eigentlichen Grubenraum, so blieb in der Regel sein Streben darauf gerichtet, sich auch hier ansässig zu machen, also in den Besitz eines Eigenheimes zu gelangen.

Der gesunde Trieb der Saarbergleute nach einem Eigenheim wurde von der früheren preußisch-fiskalischen Saargrubenverwaltung sehr gefördert. Sie vermied es, die wachsende Belegschaft im engen Grubenraum in Mietkasernen zusammenzupferchen. Durch eine gesunde Siedlungspolitik half sie, daß der Saarbergmannsstand sich auf sehr viele Landorte, oft sehr weit von den Gruben abgelegen, verteilen konnte. Nach der Zählung vom 1. Dezember 1925 war die damalige Belegschaft auf 760 Orte verteilt, von

Mitteln bekämpfen, und die sogar alles daransetzen, um zu verhindern, daß dieser Wunsch in Erfüllung geht. Und der Völkerbund schweigt dazu!

Die Ansicht, daß die Regierungskommission bestrebt ist, sich der Emigranten zu bedienen, um gegen die Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland zu wirken, ist nach alledem, was sich an der Saar abspielt, sehr wohl zu verstehen, zumal sie auch offensichtlich zuläßt, daß trotz ihrer Verordnung gegen die politische Tätigkeit der Emigranten, die nach völkerrechtlichen Grundsätzen mit der Gewährung des Wahlrechtes unvereinbar erscheint, deutsche Flüchtlinge in der Presse und in Versammlungen in der gemeinsten Weise lügen und verleumden und eine Hetzpropaganda treiben, die bewußt auf eine Vergiftung der Atmosphäre an der Saar hinzielt. Wenn die Regierungskommission sich ihrer Pflicht bewußt wäre und pflichtgemäß handeln wollte, dann müßte sie den Emigranten, wie es sonst allgemein geschieht, ein für allemal verbieten, sich politisch zu betätigen; denn keiner von ihnen wird abstimmungsberechtigt sein. An der Saar geht es nicht um die Zukunft der Emigranten, sondern um die nationale und kulturelle Zukunft der Abstimmungsberechtigten und ihrer Nachkommen sowie um das von ihnen bewohnte urdeutsche Land, das ihre Heimat ist, in dem sie zu Haus sind und in dem sie als deutsche Menschen mit ihren deutschen Brüdern und Schwestern in einer nationalen Gemeinschaft vereint leben wollen. Sie können insofern auch von der Regierungskommission mit Recht verlangen, daß sie dafür sorgt, daß die fremden Elemente, die das Saargebiet nur ausgesucht haben, weil sie sich im Reich unmöglich gemacht hatten, sich zurückhalten und sich nicht einmischen in Dinge, die sie nichts angehen. Tut die Regierungskommission dies nicht, dann zeigt sie erneut, daß sie, obwohl sie vom Rat des Völkerbundes eingesetzt ist, um das Saargebiet unparteiisch zu verwalten,

dies nicht will, sondern bewußt gegen die deutsche Bevölkerung an der Saar und Deutschland eingestellt ist, um für Frankreich und seine machtpolitischen Pläne zu arbeiten.

*

Emigranten machen ortsansässige Deutsche brotlos

In Sulzbach hat die bevorzugte Behandlung dortiger Emigranten durch die Grubenverwaltung große Erbitterung unter den deutschen Bergleuten hervorgerufen. Auf Grube „Mellin“ wurden, wie früher schon wiederholt geschehen, erneut Emigranten eingestellt, was natürlich nur auf Kosten der ortsansässigen deutschen Bergleute geschehen konnte, die jahrelang ihren schweren Beruf treu und zuverlässig versehen haben. Aus demselben Grunde wurden auf Grube „Hirschbach“ wieder 20 Bergleute aus Altenwald entlassen. Unter den auf der Grube „Belsen“ eingestellten Emigranten kam es überdies zu Zankereien, so daß sich die Grubenverwaltung genötigt sah, eine größere Anzahl von ihnen auszuquartieren. Bezeichnend ist, daß die Grubenverwaltung die anderweitige Unterbringung der Emigranten in solche Räume vornahm, die sie von der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes ermietet hatte.

Die Tatsache, daß im Saargebiet die landfremden Elemente offenkundig bevorzugt, die Deutschen aber auf die Straße gesetzt werden, verdient, auch im Reich allgemein bekannt und an den Pranger gestellt zu werden. Es ist ein Skandal, daß so etwas als „vertragsmäßiger“ Zustand bezeichnet wird und der Völkerbund keine Notiz davon nimmt. Saarregierung, französischer Grubenfiskus und Emigrantengesindel Arm in Arm: das kennzeichnet „Frankreichs Saarpolitik der Wahrheit und Gerechtigkeit“.

Frankreichs Schulterror im Saargebiet

Eine neutrale Stimme

Als vor wenigen Wochen der internationale „Oberste Gerichtshof des Saargebietes“ das Urteil im bekannten Röbling-Prozess über den französischen Schulterror im Saargebiet fällte, fand eine neutrale ausländische Beurteilung der französischen Schulpolitik im Saargebiet besondere Beachtung. Der angesehenste englische Publizist W. S. Dawson hat in seinem neuesten Werk „Germany under the Treaty“ (London 1933) auch die Saarfrage behandelt. Was er über die Ver-

hältnisse im Saargebiet schreibt, kann als eine wesentlich objektivere Beurteilung der Saarfrage bezeichnet werden, als etwa die seines Landsmannes G. G. Knox, des derzeitigen Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes. Herr Dawson sagt in dem genannten Werk u. a.:

„Der Uebelstand, der die größte Erbitterung unter der eingeseffenen Bevölkerung hervorruft, ist der zeitweise von

denen 384 mit dem Hauptteil der Belegschaft im Saargebiet, 371 im übrigen Reichsgebiet und 25 in Lothringen lagen. Durch den verhältnismäßig starken Abbau der sogenannten „Saargänger“ innerhalb der aktiven Belegschaft der Saargruben seit 1927 ist die Zahl der Orte im Reichsgebiet mit aktiven Saarbergleuten sehr zurückgegangen. Die heutige Belegschaft ist auf einen engeren Raum, der sich von außen nach dem eigentlichen Grubengebiet zu verkleinert hat, verteilt. Die Zahl der Orte im Saargebiet mit aktiven Saarbergleuten dürfte sich aber kaum verringert haben.

Die preußisch-fiskalische Grubenverwaltung förderte die Eigenheimerstellung durch Hergabe von Bauprämien und zunächst verzinslichen, dann aber unverzinslichen Darlehen in einem Auslosungsverfahren. Durch diese Hilfe wurde es manchem völlig unbemittelten Bergmann möglich gemacht, sich ein eigenes Haus zu erstellen. Bis Ende 1918 wurden mit Hilfe dieser Mittel rund 8000 bergmannseigene Häuser gebaut. Dafür waren an Prämien 6 190 465 Mark und an Darlehen 9 019 835 Mark ausgelöst und hergegeben worden. Aus ererbten, ersparten und von Darlehnskassen gegebenen Mitteln wurden weitere tausende Bergmannshäuser gebaut. Auch Knappschaftskassen, wie die Hostenbacher Knappschaft, gaben Darlehen. So kam es, daß 1913 fast 70 Prozent der verheirateten aktiven Saarbergleute Besitzer eines Eigenheimes waren, wenn dieses auch in manchen Fällen noch stark verschuldet war.

Diese bewährte Siedlungspolitik führte die französische Generaldirektion der Saargruben nicht mehr weiter. Wohl trug auch sie dazu bei, die drückend gewordene Wohnungsnot durch Erstellung werkseigener Häuser zu mindern. Werkseigene Häuser entsprachen aber nicht der Charakterveranlagung des echten Saarbergmannes. Um auch in den schwierigen Jahren der Nachkriegszeit die Erstellung von eigenen Bergmannshäusern zu fördern, sprang die Saarknappschaft mit der Hergabe von verzinslichen Darlehen ein, solange sie dazu finanziell in der Lage war. Sie gab rund 40 Millionen Franken zur Erstellung von 3000 bergmannseigenen Häusern von 1922 ab her. Weitere Saarbergleute erbauten sich in den Nachkriegsjahren Eigenheime mit Darlehen von Kreissparkassen, genossenschaftlichen Spar- und Darlehnskassen, dem Wohnungsbauverband, der Rheinischen Wohnungsfürsorge usw. Trotz der erschwerenden Umstände, die dem Bauwesen in der Nachkriegszeit entgegenstanden, dürften auch heute noch 60 Prozent der verheirateten aktiven Saarbergleute im Besitze eines Eigenheimes sein. Allerdings ist ein guter Teil der in der Nachkriegszeit erbauten Häuser stark verschuldet. Der große Belegschaftsabbau auf den Saargruben wie auch die vielen Feierschichten in den letzten Jahren haben manchen Neubaubesitzer schwer getroffen. Es müssen Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um ihnen zu helfen, damit sie im Besitze ihres Hauses bleiben können.

der Regierungskommission unterstützte Versuch der französischen Behörden, den französischen Einfluß allmählich zur Herrschaft zu bringen und den Gebrauch der deutschen Sprache zu verhindern durch die Verdrängung der Schulen und durch Zwang auf die Eltern. Das Saarstatut bestimmte, daß die Einwohner „ihre Schulen und ihre Sprache“ behalten sollten (§ 28). Das taten sie auch, aber erst nach hartem Kampfe. Das Saarstatut gestattete der Bergwerksdirektion, Volksschulen oder technische Schulen für das Grubenpersonal oder dessen Kinder einzurichten und den Unterricht darin in französischer Sprache erteilen zu lassen. Da diese Schulen nicht in das bestehende Unterrichtssystem eingegliedert, sondern von den Franzosen selbständig verwaltet werden sollten, ist die Annahme gerechtfertigt, daß sie nur den Bedürfnissen der in das Gebiet eingewanderten Franzosen dienen sollten. Nichtsdestoweniger erließ die Regierungskommission unter dem Einfluß von Rault Verordnungen des Inhaltes, daß die Franzosenschulen — mit dem klingenden Namen „Domanialschule“ — den bestehenden öffentlichen Schulen gleichgestellt seien und daß Deutsche sie statt ihrer eigenen besuchen dürften. Ein heftiger Vorstoß folgte, um den französischen Unterricht auch in allen deutschen Schulen zwangsweise einzuführen, obgleich in keiner von ihnen französische Kinder zu finden waren.

Was aber noch weit schlimmer war: Jede nur mögliche Schikane und Drohung wurde angewandt in dem Bemühen, deutsche Eltern dazu zu bringen, daß sie ihre Kinder an französische Lehrer weggäben; viele von ihnen waren zum Nachgeben gezwungen, um nicht ihre Arbeitsstätte oder ihre Wohnung zu verlieren. Angesichts der Forderung der deutschen Regierung, diesem Unrecht ein Ende zu machen, und gegenüber den unwiderleglichen Tatsachen der erhobenen Anklagen war der Völkerbund zum Eingreifen gezwungen, wenn er auch nicht weiter ging, als die Hoffnung auszudrücken, daß es der Regierungskommission gelingen möge, die durch ihr Vorgehen bei der Bevölkerung entstandenen Befürchtungen zu zerstreuen. Tatsächlich erließ jetzt auch die Regierungskommission eine Verfügung, daß kein Angehöriger einer französischen Grube Schaden erleiden dürfe, wenn er seine Kinder nicht in eine französische Schule schicke; sie versprach denjenigen Eltern ihren Schutz, auf die bei der Wahl der Schule ein Zwang ausgeübt werde. Trotz dieses Vorgehens aber dauern die Mißstände bis heute an, und noch kurz vor meinem Besuch im Saargebiet waren wieder einmal Beschwerden darüber an die Regierungskommission gerichtet worden.

Zerstreut über das ganze Gebiet bestehen mehr als zwanzig dieser Franzosenschulen, obwohl für die meisten von ihnen kein Bedürfnis vorliegt. Denn die Unterbringung der Kinder der eingewanderten französischen Grubenleute hätte in weniger großartiger und für die vorherrschenden Gefühle der Allgemeinheit weniger aufreizender Weise geschehen können.

Es kann nicht geleugnet werden, daß die Versuche, die deutschen Schulen zu unterwerfen und zu französisieren, wie schon oben gesagt, im Widerspruch stehen zu § 28 des Saar-

statuts und nicht weniger auch zu den Artikeln 46—50 des Vertrages, in denen die Abtretung der Gruben zum Gegenstand von „Maßnahmen zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung“ gemacht wurden; und es ist kennzeichnend, daß kein Teil der Bergarbeiterbevölkerung dem gesetzwidrigen Druck der französischen Propaganda stärkeren Widerstand entgegensetzte als gerade die Sozialdemokraten. Sie waren im Prinzip nicht abgeneigt, daß ihre Kinder zwei Sprachen lernen sollten, kämpften aber dagegen an, daß das Vorgehen der Bergverwaltung nicht erzieherischen, sondern politischen Gründen entspringt, was ja tatsächlich der Fall ist.

Dem aufrechten Sinn des deutschen Bergmannes erscheint es als ein geradezu schmachvoller Widerspruch, daß zur gleichen Zeit, wo beim Daniederliegen des Kohlenhandels Lohnsenkungen durchgeführt oder angekündigt werden, die Bergwerksdirektion immer noch Geld genug übrig hat für Schulen, deren Hauptaufgabe es ist, seine Kinder gegen seinen Willen zu Franzosen zu machen. Die Deutschen haben niemals beantragt, daß französische Eltern überhaupt nur aufgefordert, geschweige denn gezwungen werden sollten, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken; sie verlangen mit vollem Recht, daß der gleiche Grundsatz absoluter Unparteilichkeit sich auch auf französische Behörden erstrecken müsse und daß es die Pflicht der Regierungskommission sei, darauf zu achten. Ein Gewerkschaftsführer sagte zu mir: „Die Franzosen reden dauernd davon, daß sie eine ritterliche Nation seien. Nun gut, sie sollen es beweisen, indem sie die Nationalität und den Patriotismus anderer Völker anerkennen!“ Gerade die Tatsache verdient dankbar erwähnt zu werden, daß der Terror gegen die Deutschen des Saargebietes nirgendwo schärfer verurteilt wurde als gerade in der französischen Sozialistenpresse. Das wohlbekannte Blatt „L'Humanité“ schrieb vor einiger Zeit: „Im Namen des Nationalitätenrechtes hoffen wir, daß die Deutschen an der Saar heldenhaft genug sein werden, um allen Angriffen der Gewalt und der Bestechung zu widerstehen und ihre nationale Einstellung unverfehrt aufrechtzuerhalten. Mit allen unseren Kräften wollen wir ihnen helfen und sie in ihrem Kampf unterstützen, so wie wir alle unterdrückten Völker unterstützen.“

Bis heute haben sich dank der aufrechten Haltung der Gewerkschaften und des mutigen Widerstandes der einzelnen Eltern — obwohl oft genug ihr Lebensunterhalt auf dem Spiele stand — alle Befehrungsversuche weitestgehend als unmöglich herausgestellt. Daß die Deutschen nichtsdestoweniger immer noch auf der Hut sein müssen, wird durch die Tatsache bewiesen, daß erst kürzlich die Gesamtheit der deutschen Lehrer des Saargebietes es für nötig hielt, einen geschlossenen Protest gegen die fortgesetzte politische Tätigkeit der französischen Unterrichtsbehörden zu erlassen und zu appellieren an die „Unterstützung jedes rechtschaffenen, friedliebenden und humanen Menschen im Kampf gegen die Gewalt, die jetzt noch Eltern und Kinder bedrückt“.

So spricht Frankreich

Vorbemerkung der Schriftleitung: Unter dieser Überschrift soll künftig regelmäßig ein Überblick über die wichtigsten Äußerungen der französischen Presse in der Saarfrage erfolgen.

In den letzten vierzehn Tagen ist die französische Presse auffallend schweigsam über die Frage des Saargebietes gewesen. Es mag sein, daß der am 19. März in Genf erfolgte Zusammentritt des Juristenkomitees (vergl. „Saarfreund“ 1934, S. 74) die Veranlassung gegeben hat, den Zeitungen Zurückhaltung aufzuerlegen und insbesondere die Verkoppelung von Saar- und Abrüstungsfrage (vergl. „Saarfreund“ 1934, S. 91) vorläufig aus der Erörterung auszuschalten. Man will wohl erst sondieren, welche Stellung die drei Sachverständigen einnehmen, von denen keiner bisher politisch sich so festgelegt gezeigt hat, daß Frankreich ihn mit besonderen Hoffnungen oder Befürchtungen be-

grüßen könnte. Rein sachlich wird der Zusammentritt und Aufgabenkreis des Komitees berichtet, dabei die Bildung einer Abstimmungskommission nicht erwähnt. Ob dieser letztere italienische Vorschlag, der den Franzosen sehr unangenehm war, tatsächlich wieder zurückgedrängt wurde, werden wir erst erfahren, wenn über die als geheim erklärten Beratungen des Juristenkomitees Näheres bekannt wird.

Entschieden peinlich empfunden wird die Tätigkeit des Frankfurter Senders, der gegenüber man sich über die Abwehr noch nicht klar geworden ist. Seine Feststellungen über die Person des Herrn Heimburger werden nicht einmal zu widerlegen versucht. Vielmehr empfindet es der „Temps“ vom 19. März schon als Befriedigung, daß die örtliche Presse diese Darlegungen nicht wiedergibt. Auch über die Vorgänge in der Bergschule in St. Ingbert hüllt man sich in „vornehmes Schweigen“ und be-

hauptet, daß an die Schließung derselben nicht gedacht werde; lediglich eine Untersuchung gegen Nachlässigkeiten, die der bisherige Leiter vielleicht begangen habe, habe zu dessen einstweiliger Enthebung geführt. Offensichtlich soll die wirkliche Aufklärung des Senders als „Kampf gegen die Regierungs-Kommission“ umgefälscht werden, um die öffentliche Meinung gegen die Einmischung Deutschlands in deren Befugnisse mobil zu machen.

Auch mit der „Deutschen Front“ kann man sich noch nicht recht abfinden. Als „lächerlich und gänzlich unbegründet“ wird ihre Warnung vor Lockspiegeln bezeichnet, die die Saarländer zu unüberlegten Handlungen verleiten könnten. Die Bedeutungslosigkeit der „angeblichen Einigung“ versucht ein Bericht dadurch zu beweisen, daß er die Tagung der „sehr zahlreichen Vertreter der Arbeiter aller Industrien“ am 18. März in Saarbrücken unter dem Vorsitz des Herrn Schwarz und die dabei gefasste Entschließung der freien Gewerkschaften als äußerst wichtig hinstellt. Daß diese beschlossen hätte, „sich der Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland so lange zu widersetzen, als dort Brutalität

und Terrorismus an Stelle von Gerechtigkeit und Freiheit herrschen“, wird besonders freudig festgestellt. Wie bescheiden aber auch jedes gute Zeichen begrüßt wird, zeigt Herrn René Laurets Nachricht aus Berlin, daß die Botschafter von Frankreich, England und Italien nicht der Einladung des Vizekanzlers von Papen zu „Saarfilm, besten Saarweinen und zur Vorstellung der hervorragendsten Persönlichkeiten des Saargebiets“ gefolgt seien. Ob das wohl die Telefonkosten lohnt?

Den Männern der neuen „Burgfriedensregierung“ in Frankreich aber, „insbesondere der geschichtlichen Erfahrung des Herrn Barthou und dem wirtschaftlichen Realismus des Herrn Flandin“ schlagen die Herzen der „Politischen Studiengesellschaft“ in Reims entgegen, in der ein Vortrag über die Tätigkeit des französischen Saarvereins mit der sicheren Hoffnung auf eine „diplomatische Wiedererhebung“ Frankreichs auch in der Saarfrage schloß. Da Senator Eccard als Kronzeuge angeführt war, kann man sich denken, wie jene aussehen soll. (Abgeschlossen am 23. März 1934.)

Oberst a. D. Rudolf von Zylinder.

Frankreich organisiert seine Saarpropaganda Und Rossenbed macht sich wichtig

Zur Zeit beschäftigt man sich im Saargebiet mit dem Plane einer neuen Verstärkung der separatistischen Propaganda. Zu diesem Zwecke hat sich der französische Propagandachef von Zimmer 17 der französischen Bergwerksdirektion, Baysser, mit dem forbacher Député Doeblé in Verbindung gesetzt. Beide wollen erreichen, daß Arbeitslose, die sich zum Separatismus bekennen, in größerem Umfang auf den Saargruben eingestellt werden. Selbstverständlich hat das mit politischem Druck nichts zu tun! Außerdem will man erstreben, daß die sogenannte saarländische Wirtschaftsvereinigung des früheren Saarministers Hector auf das ganze Saargebiet ausgedehnt werden soll; es sollen überall neue Ortsgruppen gegründet und Versammlungen abgehalten werden; weiter will man in größerem Umfang separatistische Schriften verteilen; man erwartet, daß man dazu anstandslos die Genehmigung der Saarregierung erhält. Schließlich ist in Aussicht genommen, daß saarländischen separatistischen Zeitungen größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Aber diese Herrschaften sollen sich nur gehörig anstrengen; es wird ihnen trotz allem Eifer nicht gelingen, bei der eingeseffenen, abstimmungsberechtigten Saarbevölkerung Fuß zu fassen.

Da Herr Rossenbed bei der frankophilen Inflationsflut fürchten mußte, daß er in den Hintergrund gedrängt werden könnte, versuchte er sich vor einiger Zeit wieder in Erinnerung zu bringen durch Schaffung einer „Arbeitsgemeinschaft“ der frankophilen Parteien und Verbände. Er hat allerdings diese Gründung vorgenommen auf Veranlassung der französischen Bergwerksdirektion mit dem Ziele, im letzten Jahre vor der Abstimmung erneut eine verstärkte Aktivität der Propaganda zu entfalten und unter dem Schutz der Notverordnungen der Regierungskommission die französische Propaganda hemmungslos gegen die Bevölkerung austoben zu lassen.

Folgende französischen Parteien und Verbände haben sich in dieser Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden: Die Vereinigung der Elsass-Lothringer im Saargebiet, die Vereinigung der französischen Naturalisierten im Saargebiet, die Wirtschaftliche Vereinigung Saarlouis, der Verband der Saar-Bergleute, die Unabhängige Bürger- und Arbeiterpartei, die Bauernschaft, die Elternvereinigung der Domanialschulen, der Berufsverband der saarländischen Bergbauangestellten und eine Gruppe der Ingenieure der französischen Saargruben. Hinter diesen stolzen Namen verbirgt sich ein kleines Häuflein von Menschen; die meisten der Organisationen bestehen ausschließlich aus Briefbogen und Gummistempeln . . . und einem Konto, worauf die Gelder für den Propagandafonds einzuzahlen sind.

Unterstützt wird die Arbeitsgemeinschaft durch die frankophile Presse, den „Generalanzeiger“, die „Chronik“, das Saarlouiser „Journal“ und schließlich auch nicht zu vergessen: die marxistischen Lügenableger und das kommunistische Heftblättchen. Allen denen, die es hören wollen, die sich mit ihm an einen Tisch setzen, erzählt der famose Leiter der Arbeitsgemeinschaft, zu der sich die verschiedenen Grüppchen neuerdings zusammengeschlossen haben, daß die französische Regierung mit moralischer und finanzieller Unterstützung für diese Bestrebungen nicht knausern wolle, und daß es jetzt an der Zeit sei, erneut eine Propaganda größten Ausmaßes zu entfalten. Nach allem geht klar hervor, daß maßgebende Stellen der französischen Politik hinter dieser Propaganda stehen. Hinzu kommt, daß die Arbeitsgemeinschaft sich überall ihrer besonders guten Beziehungen zur Regierungskommission brüht und ganz unverblümt von einer Unterstützung durch diese spricht.

Die Arbeitsgemeinschaft beschäftigt sich neben der Propaganda auch als Zentrale zur Weiterleitung übelster Denunziationen gegen die Saarbevölkerung. Ihre Mitglieder sind angewiesen, im ganzen Lande Zellen zu errichten, die als Stützpunkte für die Propaganda und die Spitzelorganisationen vorgesehen sind.

So wird das Saargebiet mit einem ungeheuren Geldaufwand mit einer Propaganda überschwemmt, von der die Bevölkerung an der Saar nicht das geringste wissen will. Die Tätigkeit dieser frankophilen Propaganda bringt weiter nichts als Unfrieden und Unruhe und dient einigen Leuten zur Befriedigung ihrer dunklen Gelüste. Es ist höchste Zeit, daß mit diesem Spuk endgültig und radikal aufgeräumt wird.

De Saar-Sebaratistische in's Schtambuch

(Saarpälzisch vum Schorsch)

De Saarbund hot noch nit de Dalles.
Sie schnappe widder Lust — die Held,
Unn mansch sogenannter Deitsche
Hot sich aach schon beigeseht.
Mikumsrieder, — Lumbeg'sindel —
Denunziert norr fort unn schellt. —
Deitschland is doch iwwer alles
Iwwer alles in der Welt.

S' kann Aener nit de Anner leide, —
Geh's awwer iwwer Deitschland her,
Do sinn die Brieder äänig sicher,
Die Schnitz zu weke is nit schwer. —
Die Name vun eich sinn verewigt,
Ehr schoofle, lumb'sche Dessertör!
Die's Saarland iwwer alles lieve,
Doch Frankreichs Drassem noch viel mehr.

Die Hekerei kann uns nit schade,
Ehr seid bekannt jo in de Welt.
De schuftig'schte vun alle Schufte,
Sell ih unn bleibt'n Saarbundsheld.
Unn meer, meer schmettern laut unn deitlich,
Dah alle in de Ohre gällt:
Deitschland, Deitschland immer alles,
Zwmer alles in der Welt.

Aus der Saarmwirtschaft Folgen der Saargrenze

Von M. A. Duisberg, Saarburg.

Wie tiefschneidend und von welch großer Tragweite die Folgen der jeder Vernunft Hohn sprechenden Saargebietsgrenze für das Wirtschaftsleben im deutschen Grenzgebiete sind, kann man am besten dann begreifen, wenn man sich einmal näher mit dem Problem „Grenzland und Grenzwirtschaft“ befaßt. Wir brachten in der Nr. 24, 14. Jahrg., des „Saar-Freund“ einen Aufsatz über das „Weinland an der Saar“, aus dem schon hervorging, mit welch pfiffiger Wirtschaftspolitik Frankreich i. Zt. operierte, als es die Saargebietsgrenze festlegte und welche Vorteile Frankreich sich für seine Wirtschaft aus der Grenzziehung herausuchte. Offenbar ging der Blick Frankreichs aber noch darüber hinaus, sich direkte Vorteile zu verschaffen, denn die traurigen Erfahrungen haben es im Laufe der letzten Jahre gelehrt, daß eine Schädigung der deutschen Grenzwirtschaft durch die Grenzziehung, nicht minder als Vorteil für Frankreich, wenn auch indirekt, zu werten ist.

Wir wollen es uns ersparen, hierbei auf die einzelnen Industrie- und Gewerbebezüge näher einzugehen, doch erscheint es angebracht, einen gerade im Saargebiet bodenständigen Berufszweig zur genaueren Betrachtung herauszugreifen. Es ist die Saarschiffahrt, die hüben und drüben der Saargebietsgrenze noch bis zum Abschluß des Schandvertrages von Versailles auf hoher Stufe und in vollster Blüte stand.

Wenn wir nun von einem Schiffergewerbe sprechen, das diesseits der Saargrenze bodenständig war und noch ist, so wird wohl mancher mißtrauisch fragen, ob denn auch in den Orten am nichtschiffbaren Flußteil der Saar ein bodenständiges Schiffergeschlecht zu suchen ist. Man darf ruhig annehmen, daß, solange Burg und Stadt Saarburg bestehen, — die älteste Urkunde datiert vom 17. Sept. 964 — hier Schifferfamilien wohnten und auf der Saar ihr Gewerbe betrieben. Angesichts dessen ist der Schifferberuf in Saarburg und Umgebung nicht nur mit der Geschichte der Stadt Saarburg, sondern mit jener des ganzen Saartales (gemeint ist natürlich das Saargebiet) auf das innigste und engste verknüpft. Noch bis zu Beginn des Krieges 1914 zählte man allein in der Stadt Saarburg an 100 Schifferfamilien, die zwar hier Haus und Hof besaßen, ihr Gewerbe aber in den Kanälen der Oberen Saar usw. ausübten. Durch den Krieg wurden 55 solcher Schifferfamilien, die gerade bei Kriegsausbruch sich in Frankreich befanden, ihrer Schiffe beraubt, die Frankreich sequestrierte. Und schon gleich nach dem Kriege lenkte Frankreich sein Augenmerk auf die Schiffer, die, sofern sie Haus und Hof, Heimat und Land verlassen würden, eine Möglichkeit fänden, wieder in den Besitz ihrer Schiffe zu gelangen. Man wollte somit die Deutschen Schiffer zur Ausreise bewegen, um dadurch ein heimisches Gewerbe zu zerstören. Der Erfolg dieser Politik war aber, wie zu erwarten, herzlich minimal, so daß sich Frankreich einen andern Kurs in der Eroberung dieses nicht zu verkennenden steuerzahlungsfräftigen Berufsstandes suchen mußte. Schon bald begegneten unsern Schiffern allmögliche Schwierigkeiten auf ihren Reisen vom Saargebiet nach Frankreich und zurück. Als deutsche Schiffer war es schwierig, überhaupt noch eine Ladung Erz, Kohle oder was es sonst sein mag, zu erhalten. War es dieser Umstand nicht, dann waren es Zoll- oder sonstige Grenzschwierigkeiten, die sich den braven deutschen Schiffern in den Weg setzten, so daß sie letzten Endes gezwungen waren, ihren Wohnsitz bzw. den Standort ihres Gewerbebetriebes entweder nach Elsaß-Lothringen oder nach dem Saargebiet zu verlegen. So kam es, daß im Laufe der letzten Jahre ein Betrieb nach dem andern unter dem Druck Frankreichs auswanderte. Und

vertrauensvoll blickten jene Schiffer der Zukunft entgegen, sie erwarteten freudigen Herzens die Befreiung des Saargebietes, um wieder eins zu sein mit uns.

Wollen wir noch einen weiteren Einblick in das innere Wirtschaftsleben im Grenzgebiet werfen, um die Folgen der Saargrenze noch näher kennen zu lernen, so steigen wir auf jenes Kalksteingebirge bei dem Grenzorte Freudenburger, das sich „Eiderberg“ nennt. Dort befinden sich seit Menschengedenken die bekannten Freudenburger Kalksteinbrüche mit den dazugehörigen Kalkbrennereianlagen. Diese Kalksteinbrüche und die aus denselben gewonnenen Produkte sind im nahen Saargebiet nicht weniger als im Reichsgebiet bestens bekannt, da das Kalksteinmaterial sich ganz besonders zu Bauzwecken und auch zum Anstrich eignet. Es war bald nach Beendigung der Inflation im Reich, als die Neunkirchener Eisenwerke den Entschluß faßten, die infolge Absatzschwierigkeiten erlahmten Kalksteinbrüche für ihre Hüttenwerke zu gewinnen. Dieser Entschluß kam sehr bald zur Ausführung, und wegen des Transportes der Steine nach der Bahn wurde mit dem Bau einer kostspieligen Förderseilbahn begonnen. Hierbei wurde eine große Anzahl Arbeitsloser aus den Grenzorten beschäftigt, und der Arbeitsmarkt in den Grenzorten wurde wesentlich entlastet. Schon im Jahre 1925 konnte die bedeutungsvolle Bahn in Betrieb genommen werden. Sie erstreckt sich über die Freudenburger Höhen, geht dann an Taben-Rodt vorbei über die Tabener Berge und endet im Saartal bei den Hartsteinwerken der Fa. Düro in Saarhausen, wo große Verladerrampen errichtet wurden. Von dort aus erfolgte dann der Transport der Kalksteinprodukte ins Saargebiet. Die Kosten der Anlage beliefen sich weit höher als eine Million Reichsmark. Bei Inbetriebnahme des Unternehmens fanden wiederum eine große Anzahl Arbeitslose eine lohnende Verdienstmöglichkeit. Das dauerte aber nur kurze Zeit, und es ging diesem Unternehmen wie schon so vielen Grenzbetrieben: Wegen der an der Saargrenze bestehenden Versand- und Absatzschwierigkeiten mußten die Neunkirchener Eisenwerke den noch so jungen und im Aufstieg begriffenen Betrieb vollständig einstellen. Die Förderkörbe der Bahn wurden abmontiert, und bis heute ruht das Unternehmen vollständig. Ueber eine Million Reichsmark liegen als totes Kapital still und unbenützt.

Das sind Teile der furchtbaren Folgen, die auf die bestehende Saargrenze zurückzuführen sind. Diese tief einschneidenden Folgen zu beseitigen, ist nur möglich durch Rückgliederung des Saargebiets ins Reich.

Wie komme ich in das Saargebiet?

Einreise, Meldevorschriften.

Für die Einreise in das Saargebiet bedarf es keiner besonderen Einreiseerlaubnis. Die Einreisenden müssen jedoch im Besitz eines Reisepasses sein. Der Aufenthalt bis zu drei Tagen ist ohne besondere Genehmigung gestattet. Für einen längeren Aufenthalt in Saarbrücken ist die Aufenthaltserlaubnis bei der Direktion des Innern (Verkehrsabteilung, Paßbüro) der Regierungskommission des Saargebiets, Hindenburgstraße 15, nachzusuchen. In anderen Orten des Saargebiets kann der zuständige Bürgermeister den Aufenthalt bis zu 14 Tagen gestatten, darüber hinaus ist auch da der Aufenthalt von der Genehmigung der vorerwähnten Dienststelle der Regierungskommission abhängig. Die Aufenthaltserlaubnis wird in der Regel nur für 3 Monate erteilt und muß nach Ablauf dieser Frist erneut beantragt werden. Zum Zwecke der Arbeitsaufnahme im Saargebiet wird die Aufenthaltserlaubnis nur in Ausnahmefällen nach Lage des jaarländischen Arbeitsmarktes erteilt.

Für solche Personen, die als Mitglieder eines Vereins oder einer sonstigen Personenmehrheit in dieser Eigenschaft, sei es einzeln oder geschlossen, sich in das Saargebiet begeben, um dort an einer öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, ist eine Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet erforderlich.

Nimmt der Reisende in Saarbrücken in einem Hotel Wohnung, so erledigt das Hotelpersonal die polizeiliche Anmeldung. Im anderen Falle hat die Anmeldung mittels der in den Papiergeschäften erhältlichen Anmeldeformulare bei dem zuständigen Polizeirevier zu erfolgen.

Kleine politische Umschau

Das Saargebiet feierte den 21. März

Obwohl es dem Saargebiet noch nicht beschieden ist, den 21. März in ähnlich festlicher Weise wie die Heimat zu begehen, prangten an diesem Tage doch Saarbrücken und die übrigen Orte des Saargebietes in reichem Flaggen Schmuck. Keinerlei Aufforderung war hierzu durch die hiesige Presse erfolgt. Das Saargebiet sah es, auch ohne besonders darauf aufmerksam gemacht zu werden, als selbstverständlich an, seinem Verbundenheitsgefühl mit Deutschland gerade an diesem Tage durch Beflaggen der Häuser Ausdruck zu geben. Tausende von Saarländern lauschten der Rundfunk-Übertragung mit der Rede des Führers. Überall waren Vorkehrungen getroffen, um eine gute Übertragung zu sichern und es vielen Volksgenossen an der Saar zu ermöglichen, diese Feierstunde mit zu erleben. Die Saarregierung allerdings versuchte auch hier, ihre Gegnerschaft gegen Deutschland und seine nationalen Festtage zu beweisen. Das staatliche Ludwig-Gymnasium in Saarbrücken z. B. wollte es seinen Schülern ermöglichen, den Tag der Arbeitsschlacht am Rundfunk mitzuerleben. Die Schüler versammelten sich in der Aula der Schule am Lautsprecher, um den Reden zu lauschen. Kaum zehn Minuten nach Beginn wurde der Direktor der Anstalt aus dem Telephon gerufen und ihm von Seiten der Schulabteilung der Regierungskommission die strikte Anweisung des Ministers zoricie übermittlelt, die Schüler sofort in ihre Klassen zu führen und den Unterricht in normaler Weise fortzusetzen.

Sitten- und Seelenverderbnis durch die französische Schule

In der französischen Schule in St. Ingbert sind unter Leitung des Direktors Blaul unglaubliche Zustände eingerissen, die auf die Kinderseelen von verderblichem Einfluß sein mußten. Die Angelegenheit war in der letzten Stadtratssitzung Gegenstand einer Anfrage der Deutschen Front. Stadtrat Thum stellte folgende Anfragen:

1. Sind die seit Tagen in der ganzen Stadt umlaufenden wie auch in der Tagespresse bereits ange deuteten Gerüchte über die schrecklichen sittenlosen Zustände in der hiesigen französischen Schule richtig?

2. Wenn diese Gerüchte den Tatsachen entsprechen, erwartet die Bevölkerung, daß gegen die Schule und die Verantwortlichen die zur radikalen Abhilfe notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Die Öffentlichkeit und die Bürgerschaft hat ein Anrecht darauf, da es sich fast ausschließlich um deutsche Kinder handelt.

In einem Antrag wurde gefordert, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen und die im höchsten Grade sittlich gefährdeten Kinder in bessere, fürsorglichere Hände gebracht werden.

Bürgermeister Dr. Schier erwiderte darauf, daß es sich hier um eine Sache handle, über die er jetzt keine Auskunft geben könne. Es seien aber alle erforderlichen Maßnahmen getroffen und alles in die Wege geleitet, so daß die Dinge ihren Gang nehmen werden. Wir haben alle Unterlagen erfasst, um die zuständigen Stellen informieren zu können.

Im Anschluß daran wurde von anderer Seite bekanntgegeben, daß der Direktor Blaul von der französischen Schule in St. Ingbert fristlos entlassen wurde.

Personalnachrichten

* General v. Saxthausen, Berlin, 70 Jahre alt. Generalmajor a. D. v. Saxthausen, der als Chef des Generalstabs des 21. Armeekorps vom 1. Oktober 1912 bis zum Ausbruch des Weltkrieges in Saarbrücken weilte, beging dieser Tage sein 70. Lebensjahr. General v. Saxthausen ist aus der Infanterie hervorgegangen; er kam schon als junger Offizier in den Generalstab der Armee. Er war außer seiner Frontdienstzeit u. a. im Generalstab des 8. Armeekorps in Koblenz und des 9. Armeekorps in Altona tätig. Infolge der Heeresvermehrung wurde General v. Saxthausen im Juli 1912 mit den Vorbereitungsarbeiten zur Aufstellung des 21. Armeekorps betraut und mit dem 1. Oktober 1912 zum Chef des Generalstabes des 21. Armeekorps in Saarbrücken ernannt. Dem jungen Armeekorps standen damals — besonders als Grenztrupp — große Aufgaben bevor. Aber in unermüdlicher Tages- und Nachtarbeit hat dieser hervorragende Offizier mit seinem Stabe die Vorarbeiten zur Mobilmachung geleitet. Sein

Hauptwert war es, daß die Mobilmachung des erst 22 Monate bestehenden 21. Armeekorps ohne jede Störung verlaufen ist. Nach der Majurenschlacht wurde General v. Saxthausen im Frühjahr 1915 Kommandeur einer Infanterie-Brigade. Später übernahm er die Führung der 1. Garde-Division, die er dann nach Beendigung des Krieges in die Reichshauptstadt zurückführte. Wir sprechen dem hervorragenden preußischen Offizier, der während seiner kurzen, aber bedeutsamen Saarbrücker Tätigkeit mit der Bürgerschaft die besten Beziehungen unterhalten und der der Saarfrage stets das größte Interesse auch als Mitglied des Bundes der Saarvereine entgegengebracht hat, nachträglich die herzlichsten Glückwünsche aus.

* Generalmajor a. D. Ulrich Bad-Pascha 70 Jahre alt. Am 13. März vollendete Herr General Bad in Berlin-Grünwald sein 70. Lebensjahr. Am 14. April 1883 wurde er aus dem Kadettenkorps dem 8. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 70 in Saarbrücken als Leutnant überwiesen. Er war von 1886 bis 1889 Adjutant des Landwehrbezirks Trier, von 1890 bis 1894 Bataillonsadjutant. Im Jahre 1910 trat der spätere Major Bad in die Dienste der kaiserlich-ottomanischen Armee ein. Hier war er mehrere Jahre in hohen und bevorzugten Stellungen tätig und trat 1914 wieder in die deutsche Armee ein. Im Weltkriege war er zuletzt Kommandeur der 16. Infanterie-Brigade. Viele alte 70er werden sich des Jubilars gewiß noch erinnern und ihm zu seinem Ehrentage einen langen, gesegneten Lebensabend wünschen.

* Superintendent Imig 70 Jahre alt. Seit 45 Jahren, so entnehmen wir der „Saarbr. Ztg.“, verwaltet Superintendent Imig mit vorbildlicher Treue das Pfarramt seiner Gemeinde und seit 14 Jahren steht er an leitender Stelle der Kreissynode St. Johann. In schwerer Zeit unseres Vaterlandes und insbesondere unserer deutschen Westmark hat Superintendent Imig sich als aufrechte und charakterfeste Persönlichkeit erwiesen und mit starker Hand, sicherem Blick und tapferem Mut die Geschicke des ihm anvertrauten Kirchenkreises durch die Stürme unserer bewegten Tage hindurchgeleitet. Seine reiche Erfahrung und sein besonnenes wägendes Urteil machten ihn mancher Gemeinde seines Arbeitsfeldes unter oft schwierigen und verwinkelten Verhältnissen zum wertvollen Berater. Ungebeugt von der Last der Jahre, kraftvoll in seiner äußeren Gestalt, und in seinem Inneren fest und seines Gottes gewiß, so steht der Siebzigjährige auf gesegneter Erntehöhe seines Lebens. Möge ihm noch manches Jahr eines gefunden, friedvollen Alters beschieden sein!

* Herr Obersteiger Conrad Schmidt-Keden tritt infolge Erreichung der Altersgrenze von 65 Jahren nach mehr als 50jähriger Berufstätigkeit am 1. 4. 1934 in den Ruhestand. Obersteiger Schmidt, am 9. 1. 1869 in Rodershausen-Louisenthal geboren, ist am 2. 11. 1883 auf Berginspektion II angestiegen. Im April 1888 erfolgte der Eintritt in die Steigerschule in Louisenthal und im April 1890 der Eintritt in die Hauptbergischule in Saarbrücken. Am 9. 11. 1891 trat er bei der 1. Komp. Vion-Batl. 8 in Koblenz ein. Nach 3jähriger Dienstzeit nahm Schmidt seine Berufsarbeit auf Grube Viktoria-Püttlingen wieder auf, von wo aus er ab 1. 11. 1894 als Steiger in Keden angestellt wurde. Hier durfte der Genannte sein Standquartier aufschlagen — wurde daselbst im April 1906 zum Fahrsteiger und im Juli 1920 zum Obersteiger befördert, um nach fast 40jähriger Wirksamkeit auf ein und derselben Inspektion — Keden — in den wohlverdienten Ruhestand zu treten. Das 50jährige Dienstjubiläum, das er bei seiner ihm eigenen großen Bescheidenheit am 1. 11. 1933 nach verfahrenen Schicht im engsten Familienkreis verlebte, wurde von der französischen Bergverwaltung gänzlich übersehen. Trotzdem Schmidt seine ganze Lebensarbeit dem harten inneren Grubendienst widmete, hat derselbe seine jugendliche Rüstigkeit sowie seinen Humor nie verloren. Infolge seiner großen Zuverlässigkeit und treuen Pflichterfüllung hat seine Inspektionsbehörde ihm die durch das große Explosionsunglück am 28. Januar 1907 entstandenen äußerst schwierigen Aufräumarbeiten zur selbständigen Erledigung übertragen. Die gesamte Belegschaft, die den pflichttreuen Obersteiger vierzig Jahre in ihren Reihen sah, verliert in ihm einen Betriebsführer, der für ihre Räte und Sorgen jederzeit ein williges Ohr und Verständnis zeigte. Die Gemeindeverwaltung wie die Kirchengemeinde sah Schmidt fast dauernd als treuen Mitarbeiter, und er erfüllte neben seinem harten und aufreibenden Dienst auch seine volle Pflicht als Staatsbürger im besten deutschen Sinne. In der nationalen berufsständischen Bewegung war Conrad Schmidt lange Jahre ein treuer eifriger Mitarbeiter, den übrigen christlich-nationalen Arbeiter- und Angestellten-Verbänden ein im Stillen wirkender Freund und Förderer. Als ehrenamtlicher Mitarbeiter der Grube Keden und Gauvorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Techniker hat er wertvolle Mitarbeit an einem wichtigen Abschnitt der deutschen Abwehrfront geleistet. Unserem treuen Mitarbeiter Conrad wünschen wir noch viele Jahre in jeglicher Rüstigkeit und Gesundheit im wohlverdienten Ruhestand. Der Deutsche Techniker.

Verband des Saargebiets wird ihn nicht pensionieren, sondern sich seiner weiteren Mitarbeit erfreuen. Auch die deutsche Sache wird Conrad Schmidt nicht im Ruhestand finden, sondern nach Kräften bereit, ihr wie immer zu dienen. Dazu ein herzliches „Glück Auf“ und der Wunsch noch vieler glücklicher Jahre im zurückgekehrten deutschen Saarland.

* Frau Karoline Wagner in Alt-Saarbrücken vollendete kürzlich ihr 80. Lebensjahr. Ein langes, an manchen freudigen und leidvollen Ereignissen reiches Leben hat sie in ihrer Vaterstadt verbracht. Sie ist ein Sproß aus einer der ältesten Saarbrücker Familien. Die Generation vor uns hat ihren Vater, den Zimmermann Schmidt aus der Meier Straße noch gut gekannt und ist oft und gern in der von ihm und seiner Frau neben dem Zimmerergeschäft noch betriebenen Wirtschaft eingelehrt. Das stärkste Erlebnis ihrer Jugend war der Krieg von 1870/71. Das Elternhaus wurde zur Versorgungsstelle und in den Tagen der Schlacht von Spichern Verbandsplatz. Die junge Karoline Schmidt wurde zur Samariterin, pflegte die hilfsbedürftigen Krieger, und als die deutschen Truppen aus dem heißen Ringen zurückkehrten, fanden sie im Hause Schmidt abermals liebevolle und freundliche Aufnahme. Die Alldahiesigen kennen Frau Wagner fast alle, mancher wird heute unter den Gratulanten sein, denn wer sie kennt, schätzt und verehrt sie auch.

* Fräulein Ida Dryander 75 Jahre alt. Die Saarbrücker Künstlerin Fräulein Ida Dryander vollendete dieser Tage ihr 75. Lebensjahr. Abseits vom lauten Getriebe der Großstadt, hat sie ihr freundliches Heim in der Nähe des Schanzberges, dort wo die Stadt zu Ende ist und die Natur beginnt. In diesem Hause spürt man allenthalben: hier ist Kultur. Nach ihrer Ausbildung auf dem Konservatorium in Leipzig ließ sie sich in ihrer Heimatstadt Saarbrücken als Klavierlehrerin nieder, und ihre starke musikalische Persönlichkeit sowie ihr gewinnendes Wesen führten der Künstlerin viele Schüler und Freunde zu, die heute in tiefer Dankbarkeit und Verehrung der Jubilarin gedenken. Für Ida Dryander gehörte die Musik vor allem in das Haus, nicht nur in den Konzertsaal. Sie pflegte und pflegt mit großer Liebe und Sorgfalt die Hausmusik. Aus allen Kreisen zog sie musizierende Menschen heran und musizierte mit ihnen im eigenen Hause oder im Hause von Freunden. Gerade diese Hauskonzerte boten manchen Saarbrücker die Gelegenheit, ihr kultiviertes persönliches Spiel kennenzulernen. So stand Ida Dryander lange Jahre im Brennpunkt des musikalischen Lebens unserer Stadt.

Die Toten der Heimat

* Chefredakteur Johannes Werth †. An den Folgen eines Schlaganfalls ist der Chefredakteur der „Neunkirchner Zeitung“, Johannes Werth, im Alter von 56 Jahren gestorben. Der Verstorbene war als katholischer Journalist weit über die Grenzen Neunkirchens hinaus bekannt. Er trat 1901 in die Dienste des Paulinus-Verlages und war von 1901 bis 1904 in Neunkirchen, von 1904 bis 1911 in Saarbrücken und seitdem bis zu seinem Tode wieder in Neunkirchen tätig. Neben seiner journalistischen Tätigkeit trat er im öffentlichen Leben als Mitglied des ersten Landrats des Saargebiets und als ständiges Mitglied des Neunkirchner Stadtrates und des Verwaltungsausschusses des Saargebietes hervor. Das ganze katholische Saargebiet trauert um diesen aufrechten deutschen Mann. Ein Vorbild als Berufsgenosse, ein Vorbild als deutscher Mensch. Sein Leben war Kampf und Opfer. Dem Deutschtum an der Saar ist der Verstorbene stets ein aufrechter und willensstarker Kämpfer gewesen. Unter ungewöhnlich starker Anteilnahme weitester Bevölkerungskreise wurden die sterblichen Überreste zur letzten Ruhe bestattet. Fast kilometerlang bewegte sich der Leichenzug den Hüttenberg hinauf zum beherrschend auf der Höhe gelegenen Friedhof. Die Kreisleitung der Stadtverordnetenfraktion der Deutschen Front widmeten dem treuen Streiter für die deutsche Sache ebenfalls ehrende Worte am Grabe und legten Kränze nieder. So hat die ganze Saarheimat und darüber hinaus das deutsche Vaterland noch einmal am Grabe diesen aufrechten, selbstlosen katholischen Schriftleiter, den Vorkämpfer der deutschen Sache in schwerer Zeit, geehrt.

Saarbrücken: Eisenbahn-Pensionär Christian Grossardt, 81 Jahre; Frau Elisabeth Hauser geb. Weßbecher, 36 Jahre; Werkmeister Johann Beuscher, 76 Jahre; Rentner Jean Schneider, 64 Jahre; Frau Wwe. Maria Buttermann geb. Zwißel, 42 Jahre; Frau Hulda Otten geb. Wedler, 63 Jahre; Josef Morawski, 80 Jahre; Frau Marg. Christine Ballier geb. Kräuter, 72 Jahre; Frau Wwe. Gustav Vogel Sofie geb. Schneider, 76 Jahre; Schreinermeister Ludwig Bickelmann, 51 Jahre; Oberamtmann i. R. Rechnungsrat Ludwig

Eugenbill, 78 Jahre; Frau Maria Sed geb. Wannemacher, 39 Jahre; Frau Wwe. Thomas Etteldorf geb. Widert; Friß Schnell, 37 Jahre; Frau Julius Friedwindt Johanne geb. Abrecht, 78 Jahre; Frau Marg. Christine Ballier geb. Kräuter, 72 Jahre; Gustav Säwe, 38 Jahre; Frau Wwe. Karl Henschel Luise geb. Goldner, 84 Jahre; Wilhelm Türkis, 71 Jahre; Sanitätsrat Dr. med. Hermann Henrichs, 70 Jahre; Frau Wwe. Magdalena Püh geb. Schreiner, 85 Jahre; Claudius Wagner, 84 Jahre; Erich Engelsmann, 16 Jahre; Frau Geheimrat Hoederath Lina geb. Jochem, 83 Jahre; Johann Nikodemus, 70 Jahre; Frau Maria Fuh geb. Mörsdorf, 55 Jahre; Frau Martha Kath. Müller geb. Hofmann, 47 Jahre; Frau Emma Reinemann geb. Rupp, 58 Jahre; Hüttenmeister Johann Georg Ripper, 58 Jahre; Mechanikermeister Paul Hügel, 56 Jahre; Frau Elisabeth Kohl geb. Beeh, 48 Jahre; Theobald Müller, 70 Jahre; Frau Maria Diederichs geb. Wolf, 71 Jahre; Frau Wwe. Michael Lauer Katharina geb. Meyer, 82 Jahre; Peter Burg, 40 Jahre; Heinrich Ludwig Fink, 68 Jahre; Direktor Dr. Erwin Krause; Christian Distelhut, 62 Jahre; Frau Luise Kaiser geb. Schneider, 54 Jahre; Frau Katharina Fost geb. Kaiser, 63 Jahre; Betriebsleiter Wilhelm Schmidt; Ladiermeister Gustav Zellmann, 67 Jahre. — St. Arnual: Ludwig Bruch, 41 Jahre. — Brebach: August Kalkoffen, 74 Jahre; Karl Schneider, 72 Jahre; Christian Burgard, 71 Jahre. — Bischmisheim: Frau Dorothea Füll geb. Glaser, 53 Jahre; Friß Burgard, 35 Jahre. — Güdingen: Anna Zell, 61 Jahre. — Hanweiler: Eisenbahnschaffner Peter Janzen, 43 Jahre. — Rodershausen: Steiger i. R. Nikolaus Müller, 66 Jahre; Joh. Georgen, 70 Jahre. — Gersweiler: Frau Sophie Schmitz geb. Grein, 71 Jahre. — Wehrden: Frau Nikolaus Orth Mathilde geb. Karl, 27 Jahre. — Wüllingen: Wehrmann Karl Gläs, 51 Jahre; Frau Wwe. Maria Blah geb. Weinand, 32 Jahre; Wertmeister i. R. Peter Müller, 60 Jahre; Kaufmann Jacob Müller, 68 Jahre; Frau Barbara Herzog geb. Seel, 80 Jahre; Nikolaus Daub, 56 Jahre; Frau Maria Maurer geb. Schmidt, 45 Jahre. — Gühnenbach: pens. Bergmann Peter Sander, 64 Jahre. — Riegelsberg: Frau Wwe. Sophie Mayer geb. Beder, 67 Jahre. — Büttlingen: Frau Wwe. Elisabeth Korn geb. Feis, 68 Jahre. — Kölln (Saar): Bierverleger und Gastwirt Peter Altmeyer, 63 Jahre. — Holz: Eduard Eichhorn, 31 Jahre. — Reimsbach: Rosa Gottesleben, 81 Jahre. — Lebach: Frau Wwe. Maria Klein geb. Rathen, 63 Jahre. — Tholey: Otto Loeb; Gerichtsassistent i. R. Michael Maar, 72 Jahre. — Jägersreude: Eisenbahnschaffner Gustav Maeh; Joh. Dieß, 82 Jahre. — Herrenlohr: Rentner Johann Fries, 73 Jahre. — Dudweiler: Jakob Billong, 72 Jahre; Frau Josef Quirin Kath. geb. Pfeiffer, 63 Jahre. — Sulzbach: Peter Müller, 75 Jahre. — Altenwald: Joh. Friedr. Keller, 34 Jahre; Frau Amalie Worch geb. Schöpfer, 50 Jahre. — Heiligenwald: Johann Dörr, 68 Jahre. — Friedrichsthal: Nikolaus Schmidt, 68 Jahre; Frau Joh. Alles Helene geb. Anton, 53 Jahre. — Bildhof: Frau Wwe. Elisabeth Petry geb. Schorr, 67 Jahre. — Landsweiler: Frau Kath. Kirck geb. Junfer, 46 Jahre. — Schiffweiler: Müller Johann Strauß, 80 Jahre. — Quierschied: Bäckermeister Johann Bapt. Felten, 69 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Deller geb. Dillenburger, 60 Jahre. — Neunkirchen: pens. Bergmann Jakob Christmann, 63 Jahre; Frau Maria Krebs geb. Scheidhauer, 59 Jahre; Kuno Hubert, 20 Jahre; Hüttenmeister Josef Hirmer, 41 Jahre; Peter Bach, 49 Jahre; Chefredakteur Joh. Werth, 55 Jahre; Frau Anna Bäsler geb. Walter, 41 Jahre; pens. Bergmann Andreas Amann, 79 Jahre; Hüttenrevisor Albert Helmerding, 52 Jahre. — Wiebelskirchen: Pensionär Karl Müller, 66 Jahre; pens. Bergmann Christian Harig, 60 Jahre; Frau Luise Spang verw. Engelmann geb. Heindrich, 71 Jahre. — Wellesweiler: Frau Wwe. Anna Boussionville geb. Sauer, 72 Jahre; Karl Beith, 85 Jahre. — Ottweiler: Frau Wwe. Konrad Klacuss Karoline geb. Fries, 73 Jahre. — Ottweiler-Ziegelhütte: pens. Hüttenhofsloffer Friedrich Jung, 70 Jahre; Frau Wilhelmine Schöpfer geb. Schöpfer, 68 Jahre. — St. Wendel: Josef Pelzer, 74 Jahre; Karl Würk, 47 Jahre; Frau Wwe. Rich. Schmitt Cecile geb. Kofch, 78 Jahre; Schmiedemeister Johann Pius Angel, 62 Jahre; Eisenbahn-Pensionär Friedrich Stoll, 74 Jahre; Karl Nilius, 59 Jahre. — Merchingen: Pensionär Jakob Haas, 69 Jahre. — Niederlingweiler: pens. Bergmann Konrad Wagner. — Dillingen: Frau Anna Meyer geb. Hausen; Frau Wwe. Katharina Habedank geb. Heier, 40 Jahre; Peter Schäfer, 45 Jahre; Uhrmacher Matthias Diederich, 53 Jahre. — Emsdorf: Gerichtsssekretär i. R. Josef Weber, 62 Jahre. — Bedingen: Frau Andreas Jakobs geb. Friedrich, 58 Jahre. — Hilbringen: Barbara Entsch, 36 Jahre; Frau Wwe. Peter Nilles Anna geb. Holz, 74 Jahre. — Griesborn: Georg Rupp, Schwin, 76 Jahre. — Badgassen: Reichswehrinvalid Josef Burg, 26 Jahre. — Saarlouis: Erwin Hotopp, 32 Jahre; Frau Wwe. Joh. Marx Katharina geb. Comtesse, 85 Jahre; Nikolaus Thomas, 59 Jahre; Rektor i. R. Johann Jacoby, 61 Jahre. — Wallerfangen: Frau Theodor Jacoby geb. Israel,

41 Jahre. — **Krautlauren:** Frau Wwe. Anton Ohlmann Elisabeth geb. Thönes, 62 Jahre; Frau Alara Haase geb. Meyer, 58 Jahre. — **Nimlingen:** Küster Anton Frank, 52 Jahre. **Saarwellingen:** Frau Friedr. Moll geb. Kath. Kreuß, 55 Jahre. — **Merzig:** Margareta Müller, 83 Jahre; A. Magdalena Schwindling, 23 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Katharina Schwarz geb. Weiser, 66 Jahre; pens. Grubenschlosser Karl Becker, 56 Jahre; Kriminalkommissar Erich Dietrich, 28 Jahre; pens. Schmiedearbeiter Peter Jungfleisch, 62 Jahre; Frau Katharina Schmitt geb. Wagner, 74 Jahre; Magdalena Morlo, 65 Jahre. — **Enzheim:** Frau Maria Jung geb. Marx, 61 Jahre. — **Homburg:** Lokomotivführer Otto Dietrich, 58 Jahre; pens. Stellwerksmeister Kubly, 68 Jahre; pens. Oberrangiermeister Peter Gummel, 83 Jahre. — **Ihn:** Johann Hoen, 94 Jahre. — **Körprich:** Josef Detemple, 78 Jahre. — **Bonn:** Oberlehrerin a. D. Maria Dörblich, 63 Jahre; Rentner Christian Kraus, 81 Jahre. — **Neufchillingen:** Christian Schild, 73 Jahre; Pensionär Jakob Jost, 75 Jahre. — **Wahlen:** Michael Becker, 73 Jahre. — **Baumholder:** Pfarrer Heinrich Schieben, 41 Jahre. — **Dilsburg:** Frau Katharina Sander geb. Brenner, 61 Jahre. — **Ibbenbüren:** Frau Wwe. Luise Bechtolf geb. Köller, früher in Ruisenthal.

Vom Bunde der Saarvereine

* Die Trierer Ortsgruppe veranstaltete eine große Saarkundgebung in Konz-Karthaus. Rektor Malburg hielt einen Lichtbildervortrag über das Saargebiet. Der Führer der Trierer Ortsgruppe, Reichsbahnoberrat Dr. Schund, hielt einen lehrreichen Vortrag über das Saarproblem von Versailles bis heute. Seine Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit und gesteigertem Beifall aufgenommen.

* In Zweibrücken hielt die Deutsche Front des Saargebiets ihren ersten großen Appell ab, der eine ungeheure Beteiligung aus dem Saargebiet und Zweibrücken aufzuweisen hatte. Als erster Redner sprach der Landesleiter der Deutschen Front, Pirro. Er rief den Zuhörern noch einmal das große Erlebnis des 1. März in die Erinnerung und fuhr dann fort: „Mit froher Zuversicht marschieren wir alle in gleichem Schritt und Tritt dem einzigen Ziel entgegen. Alle Saarländer sind sich dessen bewußt geworden, daß in ihrer Brust das gleiche deutsche Herz schlägt. Nur die Unsinngkeit des Diktates von Versailles und die Unwahrheit gewisser Diplomaten sind schuld daran, daß vierzehn Jahre lang deutsches Volk einen Kampf führen muß, über dessen Ausgang für niemand Unklarheit besteht.“ Organisationsleiter Kiefer erklärte, daß es alle Deutschen unwiderstehlich zum Vaterlande ziehe. Das Saarland wolle keine Kolonie Frankreichs werden, den Emigranten müsse gesagt werden, daß sie nicht das Recht haben, in die saarländischen Dinge einzugreifen. Es handele sich an der Saar um eine Frage des Blutes und der Ehre. Den Sozialistenführern müsse gesagt werden, daß die Anhänger der NSDAP. viel zu stolz und diszipliniert sind, als daß sie sich durch sie verwirren ließen. SA-Brigadeführer Schwitzgebel wies darauf hin, daß es eine Beleidigung für die Saarländer sei, wenn irgend jemand behauptete, er wolle das Saargebiet retten. Die saarländischen Arbeiter könnten beweisen, daß sie bereit seien, für die Idee des deutschen Sozialismus zu leben, zu leiden und, wenn es sein müßte, auch zu sterben. Gauleiter Bürdel ging davon aus, daß sich kein Franzose jemals von seinem Lande abwenden würde, wenn etwa jetzt französisches Land unter deutscher Verwaltung stünde. Dasselbe nationale Gefühl sollten die Franzosen auch den Saarländern zubilligen. Der Nationalsozialismus im Saargebiet habe jetzt die Beweise, daß er die innere Kraft besitzt, über alle Schranken hinweg das Volk zusammenzuführen. Die Saarfrage sei vor allem eine Arbeiterfrage. In Deutschland herrsche der deutsche Sozialismus, der auch im Saargebiet nach der Rückgliederung eingeführt würde. Er schloß mit der Forderung, alles wegzuworfen, was Partei heiße und der Eidgenossenschaft die Treue zu halten, bis der ersuchte Tag der Abstimmung gekommen sei.

* Die Ortsgruppe Koblenz konnte kürzlich ihr fünfjähriges Bestehen begehen. Ihrer Arbeit ist es zu danken, daß die Stadt am Deutschen Eck in den Vordergrund des Treuekampfes getreten ist, den die Heimat für die Rückkehr des Saarloches zu führen gezwungen wurde. Die fünfjährige Wiederkehr des Gründungstages führte die Mitglieder des Saarvereins und zahlreiche Gäste zu einer schlichten aber würdigen Feierstunde in den Räumen der Liedertafel zusammen. Das Haus war festlich geschmückt. Eine ausgezeichnete Vortragsfolge machte den Abend zu einem denkwürdigen vaterländischen Ereignis. Mit herzlichster Freude entbot der Ortsgruppenführer G. Kellner dem Senior des Vereins, dem 85jährigen Landsmann Balmes einen besonderen Willkommengruß. Er feierte ihn als einen tatkräftigen Mitkämpfer im Dienste des Saargedankens und als einen der letzten noch lebenden Spichernstürmer. Mit großem Beifallsjubel schloß sich die Versammlung dieser Ehrung an. Dann sprach der Vorsitzende

Kellner von der Heimatliebe. Eine innere Wärme erfülle den Deutschen, wenn er sich der Heimat erinnere; und je weiter der einzelne von ihr entfernt sei, um so zauberhafter werde für ihn dieses Wort. Besonders aber dann, wenn dieses Jugendland, wie das Land an der Saar, in Gefahr sei. In diesem Gedanken habe man sich 1929 nach harter Besatzungszeit zur Gründung des Koblenzer Saarvereins entschlossen. Der Redner durchschritt dann in großen Zügen die Hauptereignisse der Vereinsgeschichte und betont, daß der Saarverein in allen Jahren Schulter an Schulter mit der nationalsozialistischen Bewegung für den völkischen Gedanken gekämpft habe. Mit Recht dürfe der Verein vor allem stolz sein auf die Mitkämpfer, die seit der Gründung der Vereinigung die Treue gehalten hätten und dadurch dazu beitrugen, daß der Saargedanke Gemeingut des ganzen Volkes werden konnte. Als ehrenvolle Anerkennung überreiche er ihnen das Ehrenzeichen mit dem Bilde des Winterbergdenkmals, das Symbol saarländischen Deutschtums. Die Verleihung dieses Abzeichens sei eine Anerkennung aber auch eine Verpflichtung, von dieser Stunde an jede freie Zeit der Saarsache zu widmen, bis die Saar wieder frei sei. Die silberne Ehrennadel erhielten mit anerkennenden Worten für ihre Tätigkeit im Saarkampf: der Bundesführer der Saarvereine, Gauleiter Staatsrat Simon, Dr. Koles und Hanns Maria Luz; dem Bezirksführer wurde durch den Führerstab der Bezirksgruppe die gleiche Ehrung zuteil. Das Saarkleid erklang wie ein Gelöbnis zu unentwegter Treue und Weiterarbeit.

* Ortsgruppe Sobernheim. So zahlreich waren die Sobernheimer herbeigeeilt, daß der festlich geschmückte evangelische Gemeindesaal überfüllt war. Nach schneidigem Eröffnungsmarsch und dem feierlichen Einmarsch der Fahnen sprach Herr Link herzliche Worte der Begrüßung insbesondere an unsere saarländischen Volksgenossen. Die Totenehrung leitete über zur Saar-Wehestunde. Der von Herrn Schug verfasste Sprechchor „Heim zum Reich“ wurde von den kleinen Ferien Gästen von der Saar ausgezeichnet vorgetragen. Als erster Redner gab Herr Juch ein anschauliches Bild vom deutschen Volkstum an der Saar und seiner bodenständigen Verwurzelung, von den Verhältnissen im Warndt und im Saarloufer Kreis. Der F.V.D. zeigte im Sprechchor „Saardeutsche sprechen“ von Jörg eine glänzende Leistung in der Wucht des Vortrags und der Tiefe des Ausdrucks. Als zweiter saarländischer Redner sprach Herr Gerber, von einer früheren Veranstaltung her als Redner bestens bekannt. Ergreifend schilderte er die Lage der Treuesten aller Treuen, der Saarbergleute, ihre seelische Bedrückung, ihre wirtschaftliche Not. Dieses unbekannte Heldentum griff allen Zuhörern ans Herz. Die klare Sachlichkeit des statistischen Beweismaterials über Arbeitsausbeutung, Unfallziffern, Verdienstmäßigung, Schülereigenschaft, Wirtschaftsnote und Steuerdruck, wirkte erschütternd. Die von starkem Beifall begleiteten Worte klangen hinreichend aus in das Siegel auf das deutsche Vaterland, den Reichspräsidenten und den Führer. Das Erlebnis dieses Abends soll uns allen Ansporn sein, im Kampfe um die Freiheit der deutschen Saar alle Kräfte mit einzusetzen.

* Die Ortsgruppe Castrop-Rauxel-Nord veranstaltete am 11. März eine imposante Saarkundgebung. In seiner Eröffnungsrede gab der Ortsgruppenführer, Landsmann Schimpf, einen Überblick über die Lage an der Saar. Der Propagandawart hielt einen Lichtbildervortrag über die Saar. Dieser Vortragabend war der Auftakt zu einer großen Propaganda im Nordgebiet der Stadt. Jeden Tag wurden durch den Ortsgruppenführer und den Propagandawart, unterstützt durch den unermüdlichen Vorführer der Bilder, Landsmann Ottomar Meyer, in allen Schulen und am Abend in den Vereinen Vorträge gehalten.

* Die Ortsgruppe Castrop-Rauxel-Süd veranstaltete einen erfolgreichen Werbeabend, auf welchem der Vorsitzende der Datelner Ortsgruppe, Lardy, u. a. erklärte, daß die Abstimmung an der Saar ein Eintreten der Bevölkerung für das Deutschtum sein würde, wie noch nie ein Volksteil Deutschlands sein Deutschtum bekannt habe. Er gab im übrigen einen umfassenden Überblick über die wiederholten Annexionen des Saargebiets durch Frankreich, die in Versailles letztmalig durch Clemenceau mit Hilfe der unverschämten Lüge von den 150 000 Saarfranzosen versucht worden ist. Alle französischen Bemühungen sind aber immer wieder durch die Treue der deutschen Saarbevölkerung zunichte gemacht worden. Der Bergmann, der Handwerker, der Kaufmann und der Großindustrielle bekennen sich laut und ehrlich zu Heimat und Volk. Deshalb ist es Pflicht jedes Deutschen, diesem Volk an der Saar ob all der Tücken und Ränke den Rücken zu stärken und ihm die Gewißheit zu geben, daß das ganze deutsche Volk geschlossen hinter dem Saarloch steht.

* Die Ortsgruppe Ludwigsbu rg veranstaltete am 10. März in allen Räumen des festlich geschmückten Bahnhofes ihre erste große öffentliche Saarkundgebung. Selten sahen die Räume des Bahnhofs solchen Massenbesuch. Nach kämpferisch-schwungvoll verklingendem Fanfarenmarsch erfolgte unter den Klängen des „Badenweiler Marsches“ der Einzug der Fahnen. Die Begrüßungsworte des Ortsgruppenführers Fritz W. Thiry waren kaum beendet, als es machtvoll durch die Räume schallte „Deutsch

Regelmäßige Zusammenkünfte der Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine

Ortsgruppe Berlin. Jeden ersten Donnerstag im Monat im Restaurant „Zum Franziskaner“ im Stadtbahnhofen Friedrichstraße (Altdeutscher Saal), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Bochum. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal, Gasthaus Ohligschläger, Bochum, Hattinger Straße 103.

Ortsgruppe Bottrop. Jeden zweiten Sonntag im Monat Versammlung im Vereinslokal Mainz (Storp), nachmittags 5 Uhr.

Ortsgruppe Buer-Erle. Jeden dritten Sonntag im Monat im Restaurant „Kaiserhof“ Buer-Erle, Bismarckstraße 178, nachm. 5 Uhr. Anschriften sind zu richten an den Vereinsführer Heinrich Sulzbacher, Buer-Erle, Heilstraße 29.

Ortsgruppe Castrop-Rauel-Nord 2. Jeden 2. Sonntag im Monat im Vereinslokal Budde, Adolf Hitlerstraße.

Ortsgruppe Castrop-Rauel Süd. Jeden 2. Sonntag im Monat bei Werner Altheide, Holzstr. 55.

Ortsgruppe Datteln. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr im Lokal Börner (Gasthaus zur Post).

Ortsgruppe Dinslaken. Jeden dritten Sonntag im Monat, abends 8 Uhr, abwechselnd im NSD-Heim (Zum Fürsten Bismarck) und beim Landmann Rau.

Ortsgruppe Dortmund. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr bei Berghoff, Körnerplatz.

Ortsgruppe Duisburg. Jeden zweiten Sonntag im Monat in der Bürgergesellschaft „Union“, Duisburg, Josephsplatz 3, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Düsseldorf. Jeden zweiten Samstag im Monat (bzw. durch bef. Rundschreiben) im Restaurant „Heinrich“, Kasernenstraße 29 (bei Landsmann Wagner), abends 8½ Uhr.

Ortsgruppe Erfurt. Jeden zweiten Dienstag im Monat 20.15 Uhr im Hotel „Fürst Bismarck“, Erfurt, Reglering Nr. 6.

Ortsgruppe Gelsenkirchen. Jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhof-Hotel Gelsenkirchen, gegenüber dem Hauptbahnhof.

Ortsgruppe Hagen. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Vereinslokal „Deutscher Krug“, Körnerstraße.

Ortsgruppe Halle. Jeden zweiten Donnerstag im Monat, 20 Uhr 30 Min., im „Koburger Hofbräu“, Kaulenberg.

Ortsgruppe Hamburg. Jeden dritten Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im Rheinischen Hof, Hamburg, Holzdamm 51.

Ortsgruppe Hannover. Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 20½ Uhr, im Restaurant Ferd. Steg, Haltenhoffstraße 22.

Ortsgruppe Herne. Jeden Donnerstag, 8 Uhr, Ritter-Schenke, E. Biermann, Bahnhofstraße 126.

Ortsgruppe Heilbronn. Jeden zweiten Samstag im Monat im „Fürstenberger Hof“ in der Deutschhofstraße bei Herrn Stirn.

Ortsgruppe Herve-Dorsten. Jeden zweiten Sonntag im Monat, 15 Uhr, Westfalenhalle.

Ortsgruppe Homberg. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokal Restauration „Zur Post“, Inh. Heinrich Friedrichs, Mörserstraße, Hochheide, um 16 Uhr.

Ortsgruppe Köln. Jeden ersten Mittwoch im Monat, Rudolfsaal, Inh. Heinrich Feith, Hahnenstr. 36.

Ortsgruppe Lübeck. Jeden dritten Montag in jedem Monat, 8 Uhr abends, im Kulmbacher Bierhaus, Fleischhauerstraße 16.

Ortsgruppe Mülh.-Meerbed. Jeden vierten Sonntag im Monat, nachm. 4 Uhr, im Lokal von Hendricks (früher Hüsten), Meerbed, Bismarckstraße.

Ortsgruppe Münster i. W. Jeden zweiten Samstag im Monat von abends 20½ Uhr an im Mathäiserbräu, Münster, Roggenmarkt 16—17.

Ortsgruppe Neuh. Jeden zweiten Donnerstag im Monat im Junsthause Neuh.

Ortsgruppe Nürnberg. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Nürnberg-A., „Coburger Hof“, Hallplatz 7, abends 8 Uhr.

Ortsgruppe Oberhausen. Jeden vierten Sonntag im Monat in der Gastwirtschaft „Im Krug“, Eduard Tenge, Oberhausen, Markt 5.

Ortsgruppe Osnabrück. Jeden ersten Mittwoch im Monat im Hotel Bayerischer Hof (Stadtschänke), Adolf-Hitler-Platz, 8½ Uhr abends.

Ortsgruppe Reddinghausen. Jeden 1. Donnerstag im Monat, abends von 7 Uhr ab im Lokale „Zum Trübellen“, Münsterstraße.

Ortsgruppe Rheinhausen. Jeden letzten Sonntag im Monat abends 8 Uhr im Vereinslokal Portmann, Deichstraße 109.

Ortsgruppe Sobernheim (Nahe). Monatsversammlung jeden ersten Samstag im Monat im Hotel Caesar (Schuler) Untere Adolf-Hitler-Str., 3.30 Uhr abends.

Ortsgruppe Stettin. Jeden zweiten Mittwoch des Monats im Restaurant „Zum Landsknecht“, Birkenallee, Grabower Straße.

Ortsgruppe Stuttgart. Jeden ersten Montag im Monat im Restaurant Schwob, Stuttgart, Charlottenplatz 3.

Ortsgruppe Walldarlesheim. Jeden ersten Sonntag im Monat im Vereinslokale Lindenschänke (Saarshänke), Inh. Frau Karola Weinanz.

Ortsgruppe Wanne-Eidel. Jeden zweiten Sonntag im Monat im Gasthause Anton Altmeier, Wanne-Eidel, Hindenburgstraße 20.

Ortsgruppe Wattencheid. Jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Josef Meyer (Zentralhof), Oststraße 19, nachmittags 5 Uhr. Anschriften sind zu richten an den Schriftführer Peter Sticher, Wattencheid, Oststraße 23.

Ortsgruppe Wiesbaden. Jeden zweiten Donnerstag im Monat 8 Uhr abends, im Restaurant „Lese-Verein“, Luisenstraße. Ferner Stammtisch: Altdeutsche Weinstube, Luisenstraße, Hotel Union, Neugasse.

Ortsgruppe Wuppertal. Jeden zweiten Mittwoch im Monat im Vereinshaus Elberfeld, Kasinostraße 1.

Weitere Ergänzungen werden erbeten!

Ist die Saar, Deutsch immerdar“, vorgetragen von 200 Sängern der Arbeitsgemeinschaft der Gesangsvereine Ludwigsburgs, unter Führung von Kreishormeister Richard Arnold. Märsche und Sprechchöre wechselten ab. Danach ergriff das Wort zu einer großangelegten Rede der stellvertretende Vorsitzende des Bundes, Debusmann. Seine Worte haben das Verständnis des Kampfes unserer Brüder und Schwestern an der Saar bei allen Teilnehmern der Kundgebung geweckt.

* Die Ortsgruppe Bingerbrück veranstaltete einen Saarwerbeabend, den die nationalen Verbände zu einem allgemeinen Treueschwur zur Saar gestalteten. Herr Ferd. Krüger-Bad Kreuznach gab im 1. Teil seiner Rede die Schönheiten und Kämpfe der deutschen Saar wieder.

* Die Karlsruher Ortsgruppe versammelte ihre Mitglieder zu einer Gedenkfeier. Ingenieur Desterle hielt einen Vortrag mit Lichtbildern über das Land an der Saar. Er kennzeichnete Clemenceaus Versailler Saarbetrug. Wie unhaltbar die Behauptungen Clemenceaus seien, zeigten die Landesratswahlen, bei denen rund 99 Prozent der abgegebenen Stimmen den deutschen Parteien zuzielen. Die französischen Bemühungen, mit Hilfe von Maßnahmen der Saarregierung das Saarvolk mundtot

zu machen und es politisch im Sinne Frankreichs zu beeinflussen, seien aussichtslos. Die Saar sei deutsch und bleibe deutsch und werde heil und unverfehrt zurückkehren zu dem einigen großen Deutschland Adolf Hitlers.

* Neue Ortsgruppen sind gegründet in: Offenbach am Main, Führer Studienrat Dr. Wagner, Offenbach, Mülheimer Str. 217; Bad Salzungen, Führer Bankdirektor Reilich, Bad Salzungen; Mülhausen i. Thür., Führer Zahnarzt G. Wehr, Mülhausen in Thüringen, Görmarsstr. 51; Jena, Führer Dr. Hofem, Lehrer, Jena, Johann-Friedrich-Str. 26; Coburg (Stützpunkt Erfurt), Führer Heinrich Dörr, Coburg, Kl. Rosengasse 2; Meiningen (Stützpunkt Erfurt), Führer Waffenmeister a. D. Döll, Meiningen, Georgstr. 2; Wittlich, Reg.-Bez. Trier, Führer Heinz Vaterrodt, Wittlich, Marienstr. 15; Speyer, Führer Phil. Heberger, Speyer, Diakonissenstr. 70; Weiskasser, D.-L., Führer Berginspektor Grundmann, Weiskasser, D.-L.; Beuthen, Führer Dr. med. Walter Karlowa, Beuthen, Oberschles., Kleinfeldstr. 3 II; Ralscheid, Führer Peter Breit, Ralscheid bei Hermeskeil; Paderborn, Führer Michael Sieren, Paderborn i. W., Gartenbau; Weimar, Führer Kriminalrat Heinrich Paulus, Weimar, Roonstr. 30; Bries, Bez. Breslau, Führer Stadtrat Wilhelm Reppert, Bries, Pfaffenstr. 27; Sobernheim/Nahe, Führer Jakob Pinf, Sobernheim/Nahe; Becherbach,

Kr. Kreuznach, Führer Amtsrentmeister Herrn, Becherbach; Hohenpeissenberg, Führer Ernst Jung, Hohenpeissenberg, Obb. Braubach; Böbing/Obb., Führer Georg Hengler, Böbing/Obb., Haus Nr. 79; Peiting, Führer Erhard Wilpert, Peiting/Obb., Steingadener Straße; Gleiwitz, Führer Dr. med. Bodelmann, Gleiwitz, Wilhelmstr. 4; Asbach/Westerwald, Führer Amtsgerichtsrat Eberhardt, Asbach/Westerwald; Hindenburg/Oberschl., Führer Andreas Rohlinger/Oberschl., Kronprinzenstr. 397.

* Die Ortsgruppe Berncastel-Kues veranstaltete eine große Saarkundgebung. In dem Festzug befand sich auch eine Abteilung in den Trachten der Saarbergleute, die mit ihren Grubenlichtern und den Spruchbändern, die im Zuge mitgeführt wurden, darauf hinwiesen, daß die Saar deutsch war, ist und bleiben wird. Die eigentliche Kundgebung, die im großen Saal des Jugendheimes stattfand, war so stark besucht, daß auch die andern Räume des Heimes hinzugenommen werden mußten, um alle Teilnehmer unterzubringen. Die Kundgebung fand ihren Höhepunkt in der feierlichen Ansprache des Staatsrates Späniol, der in harten Worten die Methoden derjenigen geißelte, die da glauben, das deutsche Land an der Saar beherrschen zu können, denen es aber nie gelingen werde, den Glauben an Deutschlands Zukunft aus den Herzen der Deutschen an der Saar zu reißen. Mit machtvoller Begeisterung wurde das alte Schutz- und Trutzwort „Deutsch ist die Saar“ gesungen.

* Eine von der Ortsgruppe Bochum veranstaltete Saarkundgebung im Evangelischen Vereinshaus nahm einen überaus eindrucksvollen Verlauf. Ortsgruppenführer Christ gelobte, daß ganz Bochum im letzten Jahre vor der Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich sich geschlossen hinter das Saarvolf stellen werde. In seiner Festrede sprach Diplom-Volkswirt Eisenbeiß-Saarbrücken zunächst den Saarvereinen tiefgefühlten Dank für die allezeit bewiesene Treue aus. Saar und Reich seien untrennbar miteinander verbunden. Mit gläubigem Vertrauen schaue das deutsche Volk an der Saar auf zu des deutschen Volkes Kanzler, der auch ihm die Einheit und den Frieden schenken werde. Das Jahr 1934, in außenpolitischer Hinsicht von besonderer Bedeutung durch den Endkampf um die Saar, werde vor aller Welt den Beweis erbringen, daß das Saarvolf deutsch bis ins Mark sei. Das ganze Deutschland aber gebe dem Saarland die moralische Rückenstärkung.

* Die Ortsgruppe Mülheim-Kuhr hatte im Rheinischen Hof ihre gutbesuchte Monatsversammlung. Der Ortsgruppenführer Meinen wies darauf hin, daß die Regierungskommission des Saargebietes durch ihre letzten Notverordnungen, die sich ausschließlich gegen den Nationalsozialismus richteten, einen bedauerlichen Zustand von Rechtsunsicherheit geschaffen hat. Er gab ferner bekannt, daß am 14. April in der Stadthalle eine große Saarkundgebung stattfindet, bei der der Bundesführer, Staatsrat Simon, die Ansprache halten wird.

* Ortsgruppe Düsseldorf. Eine gewaltige Saar-Kundgebung veranstaltete die hiesige Ortsgruppe in der Städtischen Tonhalle. Studienrat Dr. Kill als Ortsgruppenführer des Bundes der Saarvereine betonte die enge Verbundenheit der Düsseldorfer Bevölkerung zum deutschen Saarvolf. Den Hauptvortrag des Abends hielt der Führer des Bundes der Saarvereine, Staatsrat Gustav Simon, der u. a. erklärte, daß die Forderung nach Rückgabe des Saargebietes kein Chauvinismus sei, denn es handle sich hier nicht um französisches Land und um französische Bewohner, sondern um ein Gebiet, das tausend Jahre zum Reich gehört hat und einen Bestandteil unserer Nation darstellt. So lange dieses deutsche Gebiet nicht wieder zum deutschen Vaterland zurückgeführt ist, so lange wird es ein Streitpunkt zwischen zwei großen Nationen sein. Denn wer die Hand nach der Saar ausstreckt, greift unsere Ehre an. Politisch, geschichtlich und wirtschaftlich ist der Versailler Vertrag in bezug auf das Saargebiet überlebt. Wenn die französische Propaganda behauptet, daß mit der Rückkehr zu Deutschland die Saarkwirtschaft zertrümmert und die Arbeitslosigkeit zunehmen würde, so erscheint es notwendig, festzustellen, daß nach der Rückgliederung im Saargebiet kein Mann arbeitslos sein würde, kein Bergmann oder Hüttenarbeiter stempeln zu gehen brauchte. Dafür stehe das ganze deutsche Volk ein. Wenn heute in Frankreich Stimmen laut würden, im Saargebiet einen neuen Staat zu gründen oder das Saargebiet für Frankreich als Pfand zu behandeln, dann müsse von deutscher Seite erklärt werden, daß wir auf keinen Fall auf die Abstimmung verzichten. Die Saarfrage sei eine Frage der Ehre und des Friedens. Unser Führer hat selbst klar ausgesprochen, daß er für die Rückgliederung der Saar eintrete, weil er glaube, damit dem Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu dienen.

* Die Ortsgruppe Ehrang hielt am 17. März eine Mitgliederversammlung ab, in der Ortsgruppenführer Kohlepp über die bisherige Tätigkeit der Ortsgruppe eingehende Aufklärung gab. Die Ortsgruppe zählt z. Z. über 300 Mitglieder und beabsichtigt, am 22. April eine größere Kundgebung zu veranstalten. Sodann berichtete der Ortsgruppenführer noch über die Führertagung am 17./18. Februar in Koblenz und über die Kundgebung auf dem Ehrenbreitstein im August d. J. Anschließend wurde vom

Propagandawart Anton dem Saarteisenbahner Johannes ein ehrender Nachruf gewidmet.

* Die Ortsgruppe Bleicherode a. Harz veranstaltete auf Veranlassung einiger Saarländer, unterstützt von der Grubendirektion und der Deutschen Arbeitsfront am 24. März eine Saarkundgebung, die eine starke SA-Kapelle mit guten musikalischen Darbietungen, Vorträgen und Ansprachen umrahmte. Der Ortsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Maschinensteiger Andreas, leitete die gelungene Veranstaltung, die ein stark bergmännisches Gepräge hatte. Neben braunen Uniformen war die schöne historische bergmännische Tracht stark vertreten. Der Vortrag des langjährigen Mitarbeiters der Geschäftsstellen „Saarverein“, Hans Krah-Berlin, über den „Kampf um das deutsche Saargebiet“ fand begeisterten Widerhall. Im zweiten Teil der Veranstaltung folgte ein Lichtbildervortrag, der die erste Rede wirksam ergänzte. Die Ausführungen des Herrn Krah endeten in der Aufforderung zur tatkräftigen Mitarbeit und zur Bildung einer Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine. Ein großer Teil der Anwesenden trug sich sofort in eine aufgelegte Liste für die Mitgliedschaft ein. Zum vorläufigen Führer wurde Pg. Dipl.-Ing. Eiene-Bleicherode, ein geborener und abstimmungsberechtigter Saarländer aus Bedingen, berufen. In einer späteren Versammlung wird die Ortsgruppe sich konstituieren und ihre weiteren Arbeiten und Maßnahmen festlegen.

* Die Ortsgruppe Erfurt hielt am 13. d. M. ihre Monatsversammlung ab. Der Versammlungsleiter gedachte dabei des Gründers der Ortsgruppe, techn. Reichsbahninspektor Weinkauff, der es vor nunmehr 10 Jahren unternommen hat, unterstützt von wenigen Getreuen, auch in Erfurt eine Ortsgruppe ins Leben zu rufen. Im weiteren erstattete der stellv. Vorsitzende eingehenden Bericht über die Führerbefprechung in Koblenz am 17. und 18. Februar 1934. Aus dem Tätigkeitsbericht war zu erkennen, daß die Erfassung der in Thüringen wohnenden abstimmungsberechtigten Volksgenossen weiter gute Fortschritte macht und daß die Anzahl der Mitglieder stetig anwächst. An Neugründungen kann die Ortsgruppe Erfurt nunmehr 3 selbständige Ortsgruppen und 7 Stützpunkte aufweisen. Weitere Stützpunkte werden noch eingerichtet werden.

* Die Ortsgruppe Stettin hat durch die Errichtung von weiteren Stützpunkten in Stolp, Labes und Demmin ihr Feld vergrößert. Ganz Pommern ist jetzt mit Stützpunkten durchsetzt. Die Mitgliederanzahl ist durch die rege Mitarbeit der Stützpunktleiter auf annähernd 500 gewachsen. Durch monatliche Mitteilungen werden auch die in der Provinz lebenden Mitglieder auf dem Laufenden gehalten.

* Die Ortsgruppe Hannover hielt ihre Monatsversammlung ab. Der Ortsgruppenführer Iwelter konnte die Feststellung machen, daß der Verein seit der letzten Tagung weiter gewachsen sei. Er berichtete sodann ausführlich über die Führertagung vom 17. und 18. Februar in Koblenz und über die daran anschließende Saarkundgebung. Hierauf ergriff das Wort der Propagandawart der Ortsgruppe, Studienrat Dr. Grieser, der in einer stündigen Rede die Verhältnisse an der Saar und die Anfang 1935 kommende Abstimmung beleuchtete.

* Ortsgruppe Halle a. d. S. Am 8. März hielt der BDA im Stadtschützenhaus ein Trachtenfest ab, bei welchem wir in einem besonderen Saal-Zimmer durch eine Gruppe Saarbergleute und Saarmädel vertreten waren. Der ganze Raum war mit Bildern der landschaftlich schönsten Punkte und industriereichsten Orte an der Saar geschmückt. Besonders beim Umzug, als die „Hallen“ in ihren historischen Trachten mit den Saarbergleuten Arm in Arm marschierten, wurde großer Beifall gesendet (siehe Bild auf Umschlagseite). An Hand der ausgestellten Bilder und Pläne konnten wir den zahlreichen Besuchern den Steinkohlen- und Industrie-Reichtum und die Schönheit unserer Saarheimat schildern. Damit haben wir weitgehendste Aufklärungsarbeit geleistet. Die Begeisterung für die Saar war groß.

* Die Göliger Ortsgruppe hielt eine Mitgliederversammlung ab, die den Auftakt zu einer großen Werbeaktion bildete. Rektor Hartmann als Führer der Göliger Ortsgruppe berichtete über die Aufgaben des Bundes der Saarvereine, nämlich die im Reich lebenden Abstimmungsberechtigten und darüber hinaus alle deutschen Volksgenossen zusammenzufassen, um unserer Verbundenheit mit unseren an der Saar in fremder Gewalt lebenden Brüdern Ausdruck zu geben. Hierauf sprach Direktor Hallström, ein Saardeutscher, an Hand von Lichtbildern über Land und Leute an der Saar. Dabei ging er auch auf die Bestimmungen des Schandbittats von Versailles ein und kennzeichnete den Kohlendiebstahl der Franzosen an der Lothringer Grenze. Von französischer Seite werde jetzt versucht, die Abstimmung entweder zu verhindern oder sie zu verfälschen. Deshalb gelte es für jeden deutschen Volksgenossen, auf der Hut zu sein, damit das Deutschbekenntnis der Saarbevölkerung unter keinen Umständen in seiner praktischen Auswirkung durch fremde Schlären gehemmt wird.

Was jeder von der Volksabstimmung im Saargebiet schon heute wissen muß

Nach dem Versailler Vertrag soll über das endgültige Schicksal des Saargebiets die Saarbevölkerung selbst durch Volksabstimmung entscheiden.

Die Abstimmung soll Anfang 1935 erfolgen. Der genaue Zeitpunkt steht noch nicht fest. Er wird vermutlich etwa Mitte Januar 1935 liegen.

Abstimmungsberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die 1. am Abstimmungstage über 20 Jahre alt sind und 2. am Tage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, d. h. am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt haben. Es kommt lediglich auf die Erfüllung dieser beiden Bedingungen an, weitere Bedingungen werden nicht gestellt. Es ist also nicht erforderlich, daß man im Saargebiet geboren ist oder am Abstimmungstage dort wohnt; auch auf den Besitz einer bestimmten Staatsangehörigkeit kommt es nicht an und ebenso wenig auf den Besitz der sogenannten Eigenschaft als „Saareinwohner“, die mit der Abstimmungsberechtigung nichts zu tun hat. Das im Saargebiet vorhandene amtliche Material wie Melderegister, Stimmlisten, Hausstandslisten usw., das als Grundlage für die Feststellung der Abstimmungsberechtigten dienen kann, ist auf Anordnung des Völkerbundes bereits vor Jahren gesammelt und sichergestellt worden. Jedoch kann jedem, der am 28. Juni 1919 im Saargebiet gewohnt hat und inzwischen von dort verzogen ist, nur empfohlen werden, sich alle Urkunden und sonstigen Beweismittel, mit denen er seine Abstimmungsberechtigung nachweisen kann, sorgfältig aufzubewahren.

Abgestimmt wird über folgende drei Fragen:

1. Beibehaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechtsordnung, 2. Vereinigung mit Frankreich, 3. Wiedervereinigung mit Deutschland. Das ist die Reihenfolge der Abstimmungsfragen nach dem Versailler Vertrag.

Selbstverständlich kommt nur die dritte Frage in Betracht. Die erste Abstimmungsfrage wird von der französischen Propaganda vielfach als Abstimmung für eine „Autonomie“, für ein „selbständiges Saargebiet“ bezeichnet. Dies ist ein Täuschungsmanöver. Nach dem klaren Wortlaut des Vertrags darf lediglich über die Beibehaltung der jetzigen Rechtsordnung abgestimmt werden. Diese Rechtsordnung ist aber das Gegenteil von staatlicher Selbständigkeit, denn die Saarbevölkerung regiert sich nicht selbst, sondern wird von einer in Genf ohne ihr Zutun ernannten Kommission regiert, außerdem werden die Kohlengruben von Frankreich betrieben, und zollrechtlich ist das Saargebiet an Frankreich angeschlossen. Will man also das, was der Versailler Vertrag bei der ersten Abstimmungsfrage meint, mit anderen Worten wiedergeben, so darf man nicht „Autonomie“ oder „Selbständigkeit“ sagen, sondern „Beibehaltung der Fremdherrschaft“.

Die Abstimmung erfolgt nach Gemeinden oder Bezirken. Ob die eine oder die andere Möglichkeit gewählt wird, ist noch unbestimmt, ebenso, was unter „Bezirken“ zu verstehen ist.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Volksabstimmung liegt nicht in Händen der Regierungskommission, sondern des Völkerbundes. Der Völkerbund, und zwar der Völkerbundsrat, hat auch Bestimmungen über den Zeitpunkt und über die näheren Einzelheiten der Abstimmung zu treffen. Bei all diesen Bestimmungen hat er die allgemeine Richtlinie zu befolgen, daß eine freie, geheime und unbeeinflusste Stimmabgabe gesichert ist. Die Bestimmungen des Völkerbundes werden natürlich ausreichende Zeit vor der Abstimmung öffentlich bekanntgegeben werden.

Die Entscheidung über die Volksabstimmung trifft ebenfalls der Völkerbund nach Maßgabe des durch die Abstimmung ausgedrückten Willens der Stimmberechtigten. Es ist anzunehmen, daß diese Feststellung des Abstimmungsergebnisses nur ganz kurze Zeit in Anspruch nehmen wird.

* Die Ortsgruppe Grünberg in Schlesien ist am 20. März neugegründet worden. Die Gründungsversammlung fand im Beisein des ersten Bürgermeisters und des Ortsleiters der NSDAP statt. Der Ortsgruppenführer, Konrektor Korthen, gab einen Überblick über die Geschehnisse des Jahres 1933 im Saargebiet, und ging eingehend auf die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine ein. Er forderte die Grünberger auf, sich dem Saarverein anzuschließen.

* Die Ortsgruppe Reindendorf veranstaltete am 26. März 1934 einen gelungenen Saaraabend unter starker Mitwirkung der Hitlerjugend. Entsprechend war die Jugend in erfreulich starkem Ausmaße vertreten und an den Darbietungen mitbeteiligt. Die Veranstaltung stand unter der Leitung des Ortsgruppenführers des V. d. A., der in einer längeren Ansprache auf den Zweck der Veranstaltung einging. Gedichte und Lieder von der Saar wechselten mit dem Orchester der Humboldtschule in der Gestaltung des Abends. Für den Bund der Saarvereine hatte Hans Kragh-Berlin einen Vortrag mit Lichtbildern übernommen, der stärkstes Interesse fand. Mit dem Deutschland- und Horst-Wessel-Lied fand diese erste größere Veranstaltung der neuen Ortsgruppe Reindendorf des V. d. A. ihren würdigen Abschluß.

* Die Vereinigung heimattreuer Saarländer in New York, die kürzlich eine Gründungsversammlung in Raumanns Restaurant, 1575 3. Ave., abgehalten hat, veranstaltete dieser Tage ihre erste reguläre Sitzung im neuen Vereinslokal Deutsches Haus, 1487 1. Ave., zwischen 77. und 78. Str. Es hat sich das große Interesse aller Saarländer an dem neuen Verein im besten Maße

gezeigt, denn es waren etwa 40 Damen und Herren erschienen, und abends konnte noch mit einer weit größeren Anzahl gerechnet werden. Jeder geborene Saarländer ist herzlich willkommen. Der temp. Vorsitzende Weiße bezeichnet den Zusammenschluß aller Saarländer im Interesse der alten Heimat als eine unabwiesliche Pflicht gegenüber dem deutschen Volkstum. Bravo! Treudeutscher Saargruß den lieben Landsleuten in New York vom „Saarfreund“.

Briefkasten

Mit herzlichem Dank bestätigen wir den Eingang folgender Beiträge: F. R. in Sch. 3 RM., D. J. in W. 3 RM., A. A. J. in D. 20 RM., L. G. in S. 3 RM., L. J. in B. 10,80 Frs., D. M. in F. 54 Frs., H. R. in S. 20 Frs., S. G. in B. 3 RM., M. L. in C. 1,50 RM., R. J. in G. 6,55 RM., A. U. in D. 6 RM., J. G. in S. 6 RM., R. W. in S. 1,50 RM., A. A. in B. 60 Frs., L. G. in D. 36,60 Frs., R. M. in D. 9 Frs., A. Sch. in L. 15 Frs., B. Sch. in G. 5,75 RM., A. Sch. in S. 1,50 RM., F. L. in C. 3,50 RM., C. S. in L. 1,50 RM., G. Sch. in C. 1,50 RM., A. M. in L. 3 RM., A. Sch. in R. 3,50 RM., F. W. in C. 8 RM., D. G. in S. 6 RM., J. R. P. in Sp. 1,50 RM., J. D. in S. 29,50 RM., B. St. in D. 1,50 RM., S. in D. 6 RM., J. L. in S. 1,50 RM., R. R. in G. 6,65 RM., W. R. in W. 3 RM., D. in F. 0,50 RM., F. T. in A. 12 Frs., M. S. in G. 3 RM., S. in S. 3 RM., A. M. in L. 3 RM., C. W. in R. 5 RM., J. M. in L. 6 RM.

Bücherbesprechungen

* „Deutschland zwischen Nacht und Tag“, unter diesem Titel hat Friedrich Heiß (Voll und Reich Verlag G. m. b. H., Berlin) ein Buch herausgegeben. Die großen inneren und äußeren Wandlungen, die Deutschland vom Beginn des Weltkrieges bis zum Durchbruch des nationalsozialistischen Dritten Reiches erlebt hat, werden in einer beispiellosen Vereinigung von Text, Bild und Karte erlebnishaft nachgesprochen. Das Buch ist Erinnerung und Mahnung, es ist Reugnis für Bereitschaft und Einsatz, es ist Glaube an Führung und Zukunft eines befreiten Deutschland.

* Besprechungen des geologischen Schriftwerkes der Rheinpfalz in den Jahren 1931—1932 (mit Nachträgen) betitelt sich ein Werk von Prof. Dr. Daniel Häberle, das einen Sonderdruck aus den Badischen Geologischen Abhandlungen darstellt. Da in diesen Besprechungen auch das Saargebiet weitgehend berücksichtigt ist, dürfte das kleine Werk, das im Verlage von C. F. Müller, Karlsruhe i. B., erschienen ist, ein ausgezeichnete Quellenachweis für alle geologischen Fragen des Saarlandes und der Saarpfalz sein.

* Die Volksabstimmung im Saargebiet. Von Dr. jur. Curt Groten, Gerichtsassessor im Saargebiet, 147 Seiten, 1934, Weidmannsche Buchhandlung, Berlin SW 68, Steif gebunden 8,60 RM. Der Verfasser behandelt in allgemeinverständlicher Form alle Rechtsfragen der Volksabstimmung im Saargebiet. In fünf Abschnitten werden die Vorschriften des Versailler Vertrages dargelegt und ausführlich erläutert: Die Abstimmungsabstimmung, die Durchführung der Abstimmung, Voraussetzungen und Grundlagen der Entscheidung, Inhalt und Durchführung der Entscheidung, Rückgliederung ohne Volksabstimmung. Inter-

essant sind die vielfachen Hinweise auf die Volksabstimmungen in den Abstimmungsgebieten der Nachkriegszeit, — in Oberschlesien, Ostpreußen, Schleswig, Rürten. Ein besonderer Vorzug des Buches ist die Beifügung aller für die Abstimmung wichtigen Dokumente im Anhang. Das Saarstatut ist französisch, englisch und deutsch abgedruckt. Der Kampf um die Saar ist nun in das entscheidende Stadium getreten. Der Völkerverbund ist mit der Vorbereitung der Abstimmung beschäftigt. Selbstverständlich will jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau die Rückkehr des Saargebietes zum Reich. Wir müssen uns daher rechtzeitig mit den Problemen der Saar vertraut machen. In diesem Buche ist der deutsche Standpunkt unter klarer Herausarbeitung aller wichtigen Gesichtspunkte dargelegt. Es ist daher zur gründlichen Aufklärung über alle Fragen der Volksabstimmung im Saargebiet unentbehrlich.

* Das Herz der Saar. Ein Treuespiel in Not und Leid. Von Hanns Maria Zug. Mit einem Geleitwort des Führers des Bundes der Saarvereine, Staatsrat Gustav Simon, Koblenz. Einzelpreis 0,50 RM. Aufführungsrecht nur bei Bezug von 10 Exemplaren. Saarbrücker Druckerei und Verlag A. G. 1934. Dieses schon wiederholt mit großem Erfolge öffentlich aufgeführte Treuespiel ist in hervorragender Weise geeignet, bei Saarkundgebungen und Saarkreisen verwendet zu werden und zwar gerade jetzt im entscheidenden Kampfsjahr um die Rückgliederung des Saargebietes. Da der Verfasser vom Wesen der Landschaft und der Menschen ausgeht und ihre natürlichen Wechselbeziehungen und Abhängigkeiten erkennt, und da er nichts anderes tut, als den geistigen und seelischen Urtrieben eines Volkes nachzuspüren, so ist sein Spiel ein erschütterndes Dokument für die Vergewaltigung der Natur, aber auch ein Zeichen des Sieges, den die Kräfte des Volkstums über unflüchtigen Zwang erstreiten werden.

* Wir von der Saar. Roman von Liesbet Dill. Gangleinen 4,20 RM., broschiert 3,— RM. A. Thienemanns Verlag, Stuttgart. „Ich habe das Saargebiet — Landschaft, Bewohner, Geschichte, Kultur und Industrie — erst aus diesem Buch kennen gelernt und bin überzeugt, daß dieser mit Sachkenntnis und Begeisterung geschriebene Roman auf alle Leser einen gewaltigen und nachhaltigen Eindruck machen wird. Es wird deutlich gemacht, wie bei geschichtlichen Ereignissen der einzelne immer zur Passivität verurteilt ist, und daß nur der feste Zusammenschluß aller und der daraus entstehende Gemeinschaftsgeist als geschichtliches Aktivum zu bewerten ist. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieser Roman großes Aufsehen erregen wird.“ Julius A. Saarhaus.

Große Saarkundgebung in Berlin

anlässlich der Osterfahrt der
Saarbrücker Sänger und Sportler

Donnerstag, den 29. März.

Ankunft der Sonderzüge 10,32 bzw. 10,50 Uhr, Berlin, Anhalter Bahnhof. Kapelle Fuhse. Begrüßungsansprachen: Verwaltungsdirektor des Bundes der Saarvereine, Th. Vogel, Stadtrat Wolfermann im Namen der Reichshauptstadt Berlin, Gaupropagandaleiter Pg. Schulze-Wechsungen, M. d. R.

19,15 Uhr: Treffpunkt auf dem Winterfeldtplatz zum gemeinsamen Marsch zur NS-Hagen-Kundgebung im Sportpalast. Einmarsch der saar-deutschen Fahnen. Dr. Ley spricht.

Osterjonnabend, Preußenplatz, Neu-Tempelhof: Fußballspiel Saar — Brandenburg.

Um 15,30 Uhr erfolgt unter Führung der Standarte 8 der gewaltige Aufmarsch, an dem der Saarbrücker Männer-Gesangverein 1861, Saarmädchen mit der Saarfahne, 500 Berliner Sänger des Deutschen Sängerbundes mit sämtlichen Fahnen der Berliner

Vereine und die Saar-Kunstturner, die am Abend im Clou werben, beteiligt sind. Die Saarsänger bringen das Saarländische Lied zur Darbietung, dieser Vortrag wird von Gefängen der Berliner Sänger umrahmt. Ein politischer Führer der NSDAP. wird die Begrüßung vornehmen. Vom Bund der Saarvereine spricht Th. Vogel.

4,15 Uhr beginnt dann der Fußballkampf, nachdem Gauführer Glöckler die sportlichen Vertreter der Saar begrüßt hat.

19,30 Uhr: Kundgebung, Konzerthaus Clou, Mauerstr.

Mitwirkende: Männergesangverein Saarbrücken 1861, Berliner Sängerbund, Saarbrücker Turnriege, Kunstturntruppe Heiligenwald/Saar (Deutscher Meister 1932/33).

Es sprechen: Propagandaleiter Schulze-Wechsungen (M. d. R.), Pfarrer Reichardt, Saarbrücken, und Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin.

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatabilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbitten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank. Depositionskasse O. Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbitten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Pölselt, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A. G., Berlin SW 11. — Auflage 3650.

Karte des Saargebiets Maßstab ca. 1:300 000



Verausgegeben
von der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, Berlin SW 11.

-----grenze

Grenze des Saargebiets

Kohlengrube

Eisenhütte

Glashütte

10

Jeder Deutsche
muß
Mitglied des Bundes der Saarvereine
sein!

Anmeldungen sind zu richten an
die Geschäftsstelle „Saar-Verein“,
Berlin SW 11, Stresemannstraße 42,
oder an den Führer des Bundes der
Saarvereine, Koblenz, Schloßstraße 45

Hypothekenbank Saarbrücken
Aktiengesellschaft

★
Saarbrücken

Kaiserstraße 31 Postfach 376

Fernruf: 27831 Postsparkonto: Köln 80135, Saarbrücken 31

Gebr. Sinn

„ZUR LANDSKRONE“

Saarbrücken

SEIT 1878 IM FAMILIENBESITZ

Bausparen schafft Arbeit Bausparen schafft Werte.

Schon für RM 24.— monatlich können
Sie nach Zuteilung Ihres Darlehens im
eigenen Hause wohnen.

Wir teilen jetzt wiederum rund
4 500 000 RM Darlehen zu.

Unsere Gesamtdarlehenssumme beträgt
somit 22 500 000 RM, womit
rund 3000 Eigenheime finanziert wurden.

Fordern Sie umgehend Druckschrift A 23.

Deutsche Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H. Köln,
Bausparkasse.



Autobus-

Gesellschafts-Rundfahrten

Ruhr—Saargebiet.

Anmeldungen und Auskünfte:

„Saarverein“ Herne i. Westfalen,
Blücherstraße 58,

„Verkehrsverein“ Herne, am Bahnhof.
Telefon: 52 400.

Das Landschaftliche Gesicht der Saar

Von Hans Pfeiffer-Saarbrücken

Die Saarheimatbilder Nr. 3 vom 15. März 1934
mit 33 Bildern aus dem Saargebiet (Photo: Max Wentz-
Saarbrücken), Landschaft, Geschichte, Kunst und Industrie,
sind wegen der großen Nachfrage im Sonderdruck erschienen
und zum Preise von RM. 0,20 pro Stück zu beziehen durch die

Geschäftsstelle „Saar-Verein“ Berlin SW 11, Stresemannstr. 42